Landeshauptstadt
Mainz

Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg am
Donnerstag, 20.8.2026, 19 Uhr,
Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg, Saal Bachmann&Makeba, Hebbelstraße 2, 55127 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Berichterstattung Kommunale Wärmeplanung

Anträge

2. Aufnahme eines Fußweges in das Straßenverzeichnis Teil A (SPD)

3. Verlässlichkeit für den Lerchenberg - Prioritäten und Zeitplan für städtische Projekte offenlegen (CDU)

Anfragen

4. Eröffnung des neuen Aufzugs im Einkaufszentrum Lerchenberg (CDU)

5. Zukunft des ehemaligen städtischen Kindergartens und der geplanten Verlagerung der Stadtteilbibliothek Lerchenberg (CDU)

6. Schäden an Gehweg und Bordsteinkanten in der Regerstraße durch Baustellenverkehr (CDU)

7. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
   - 7.1. Ladesäuleninfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Stadtteil Lerchenberg (CDU)
   - 7.2. Photovoltaikanlagen auf städtischen und stadtnahen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg (CDU)
   - 7.3. Unfälle mit der Straßenbahn (SPD)
   - 7.4. Fußweg zwischen der Hermann-Hesse-Straße und der Straßenbahnwendeschleife Hindemithstraße (ÖDP)

8. Sachstandsberichte
   - 8.1. Sachstandsbericht zu Antrag 0378/2026 SPD, Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
   - 8.2. Sachstandsbericht zu Antrag 1514/2022 der CDU im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
   - 8.3. Sachstandsbericht zu Antrag 0665/2026 CDU Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
   - 8.4. Sachstandsbericht zu Antrag 0664/2026 der CDU im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
   - 8.5. Sachstandsbericht zum Antrag 0113/2026 (SPD), Ortsbeirat Lerchenberg

9. Beschlussvorlagen
   - 9.1. 15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024
     Vorlage: 0827/2026
   - 9.2. Stellungnahme der Verwaltung zur Nachfrage bei Beschlussvorlage 0879/2026

10. Mitteilungen und Verschiedenes
    - 10.1. Beschlussvorlage Radnetz Mainz

11. Stadtteilmittel
    - 11.1. Stellungnahme der Verwaltung

12. Einwohnerfragestunde

b) <u>nicht öffentlich</u>

13. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

14. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 20.08.2026

gez. Alper Kömür
Ortsvorsteher

MAINZ-
LERCHENBERG

SPD

Ö 2

Ortsbeiratsfraktion
Mainz-Lerchenberg
10.08.2026

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 20.08.2026:

Aufnahme eines Fußweges in das Straßenverzeichnis Teil A
Hier: Fußweg vom Bürgerhaus durch das Wäldchen in Richtung Straßenbahn-Endhaltestelle

Die Verwaltung wird gebeten, den betreffenden Fußweg (siehe beigefügte Planskizze) nach Instandsetzung in das Straßenverzeichnis Teil A aufzunehmen. Damit wird die Reinigung zur Aufgabe des Eigenbetriebes Stadtreinigung Mainz.

Begründung:

Der Fußweg führt vom Bürgerhaus durch ein Wäldchen in Richtung der Straßenbahn-Endhaltestelle, bzw. in das Lerchenberger Ortszentrum. Der neu gestaltete Spielplatz, die städt. Kindertagesstätte am Bürgerhaus und das angegliederte Tanzsportzentrum werden mit diesem Weg ebenfalls erschlossen.

Diese Wegeverbindung, die unter einem schattenspendenden Baumdach verläuft, ist bei Fußgängern insbesondere bei sommerlicher Hitze sehr beliebt. Auch von Fußgängern aus dem Süden des Stadtteils wird diese Verbindung auf dem Weg ins Einkaufszentrum sehr geschätzt.

Der gepflasterte Fußweg hat eine Ausbaubreite von 2,50 m und ist mit Laternen, Bänken sowie Müllbehältern wie ein üblicher innerstädtischer Verbindungsweg ausgestattet.

In der Bevölkerung löst der vorhandene Pflegezustand (siehe beigefügtes Foto) immer wieder Unverständnis aus, weil die Bürger erwarten, dass der vorhandene gepflasterte Weg in seiner ganzen Breite nutzbar ist, d. h. von Laub und Bewuchs freigehalten wird.

Wir gehen davon aus, dass mit der Beseitigung vom Laub und Bewuchses am Boden, die schon länger bekannten Beschädigungen des Pflasters wieder zutage gefördert werden. Bereits mit der Drucksache 1193/2020 (**!**) hat die Verwaltung dem Ortsbeirat die erforderlichen Reparaturen angekündigt: „ ***… Es ist beabsichtigt den Weg, nach Fertigstellung der Hochbaumaßnahme, zu ertüchtigen. …***“. Mit der inzwischen erfolgten Wiederinbetriebnahme des Bürgerhauses hat der Fußweg erheblich an Bedeutung gewonnen. Aufgrund der allgemeinen klimatischen Veränderungen muss davon ausgegangen werden, dass der schattige Weg auch künftig gerne genutzt werden wird.

Anders als bei den angeschlossenen Wohnwegen, die von den Anliegern gereinigt werden müssen, ist für den von Wald umgebenem Fußweg eine Reinigung durch die Stadt erforderlich. Dazu sollte eine nachhaltige Lösung gefunden werden, wie beispielsweise die Aufnahme in das Straßenverzeichnis Teil A, jeweils einschließlich der Verbindungen bis zum Beginn der Wohnwege im Straßenverzeichnis Teil B. Dies könnte im Rahmen der aktuellen Fortschreibung der Anlagen zur Straßenreinigungssatzung mit der Ratsvorlage **0827/2026** erfolgen, oder mittels eines nachfolgenden weiteren Verfahrens zur Änderung der Satzung.

Weitere Argumentation erfolgt mündlich.

Für die SPD-Ortsbeiratsfraktion
Ralph Heinrichs

Foto zum Antrag vom 10.08.2026

Aufnahme eines Fußweges in das Straßenverzeichnis Teil A
Hier: Fußweg vom Bürgerhaus durch das Wäldchen in Richtung Straßenbahn-Endhaltestelle



Befestigter Fußweg vom Bürgerhaus in Richung Straßenbahn-Endhaltestelle, bzw. Ortsmitte/EKZ
Die roten Pfeile markieren den Verlauf der Randsteine

Planskizze zum Antrag vom 10.08.2026

Aufnahme eines Fußweges in das Straßenverzeichnis Teil A

Hier: Fußweg vom Bürgerhaus durch das Wäldchen in Richtung Straßenbahn-Endhaltestelle



CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 20. August 2026

Antrag: Verlässlichkeit für den Lerchenberg – Prioritäten und Zeitplan für städtische Projekte offenlegen

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ortsbeirat einen aktuellen Umsetzungs- und Prioritätenplan für die wesentlichen städtischen Projekte auf dem Lerchenberg vorzulegen.

Für jedes Vorhaben sollen insbesondere

- der aktuelle Planungs- bzw. Umsetzungsstand,
- der vorgesehene weitere Zeitplan,
- die Finanzierung,
- gegebenenfalls vorgesehene Fördermittel sowie
- mögliche Verzögerungen oder Abhängigkeiten von anderen Maßnahmen

dargestellt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten mitzuteilen, bei welchen Projekten aufgrund der aktuellen Haushaltslage eine zeitliche Verschiebung, Reduzierung oder anderweitige Änderung der bisherigen Planung vorgesehen ist.

Dies betrifft insbesondere, folgende Vorhaben:

- neues Wohnquartier „Medienberg“,
- Neubau der Turnhalle B,
- Neugestaltung der Hindemithstraße,
- Aufenthaltsflächen für Jugendliche,
- Erneuerung des Fernwärmenetzes,
- weitere für die Entwicklung des Lerchenbergs wesentliche städtische Projekte.

Begründung

Auf dem Lerchenberg wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Projekte angekündigt, beschlossen oder planerisch vorbereitet. Gleichzeitig hat sich die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Mainz deutlich verschärft.

Für den Stadtteil stellt sich deshalb zunehmend die Frage, welche der bisher angekündigten Vorhaben tatsächlich noch umgesetzt werden, welche Projekte zeitlich

verschoben werden müssen und welche Maßnahmen möglicherweise nicht mehr die notwendige Priorität besitzen.

Zu den für den Lerchenberg relevanten Vorhaben gehören beispielsweise die Entwicklung des neuen Wohnquartiers „Medienberg“, der Neubau der Turnhalle B, die Neugestaltung der Hindemithstraße, die Schaffung bzw. Weiterentwicklung von Aufenthaltsflächen für Jugendliche, die Erneuerung des Fernwärmenetzes sowie weitere bereits beschlossene oder geplante Maßnahmen im Stadtteil.

Der Ortsbeirat sollte nicht erst dann von Veränderungen erfahren, wenn einzelne Projekte bereits über längere Zeiträume verzögert wurden oder deren Umsetzung aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht mehr absehbar ist.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf zu erfahren, welche Zusagen und Planungen für ihren Stadtteil Bestand haben.

Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es nachvollziehbar, dass nicht alle Vorhaben gleichzeitig umgesetzt werden können. Entscheidend ist jedoch, dass Prioritäten transparent gemacht und Veränderungen frühzeitig kommuniziert werden.

Gerade bei größeren und für die Entwicklung des Stadtteils wichtigen Vorhaben wie dem Wohnquartier Medienberg, dem Neubau der Turnhalle B, der Neugestaltung der Hindemithstraße oder der Erneuerung des Fernwärmenetzes können Verzögerungen oder Änderungen erhebliche Auswirkungen auf den Lerchenberg haben.

Der Ortsbeirat kann seine Aufgabe als Vertretung der Interessen des Stadtteils nur dann angemessen wahrnehmen, wenn er über die tatsächlichen finanziellen und zeitlichen Perspektiven der für den Lerchenberg relevanten Projekte informiert ist.

Mit dem beantragten Umsetzungs- und Prioritätenplan soll daher Transparenz und Verlässlichkeit für den Lerchenberg geschaffen werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die CDU- Fraktion
Andreas Michalewicz

CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 20. August 2026

Anfrage zur Eröffnung des neuen Aufzugs im Einkaufszentrum Lerchenberg

Der neue Aufzug im Einkaufszentrum auf dem Lerchenberg ist inzwischen in Betrieb und stellt die Barrierefreiheit zwischen den verschiedenen Ebenen des Einkaufszentrums wieder her.

Anlässlich der Inbetriebnahme bzw. Eröffnung fand eine offizielle Veranstaltung statt. Über diese Veranstaltung wurde unter anderem in der Allgemeinen Zeitung Mainz berichtet. Zudem wurden in den sozialen Medien Bilder und Filmaufnahmen von der Eröffnung veröffentlicht, auf denen unter anderem der Ortsvorsteher des Lerchenbergs sowie der verantwortliche Architekt zu sehen sind. Dabei wurde im Rahmen einer offiziellen Zeremonie ein Band zur Eröffnung des Aufzugs durchschnitten.

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg wurde zu dieser Eröffnungsveranstaltung nach ihrem Kenntnisstand nicht eingeladen. Gleichzeitig waren Mitglieder der SPD-Fraktion im Ortsbeirat bei der Veranstaltung anwesend.

Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer hat die Eröffnungsveranstaltung des neuen Aufzugs organisiert und durchgeführt?
2. Handelte es sich bei der Veranstaltung um eine Veranstaltung der Stadt Mainz, des Ortsbezirks bzw. des Ortsvorstehers oder um eine Veranstaltung der Gewerbetreibenden des Einkaufszentrums?
3. War die Stadt Mainz bzw. der Ortsvorsteher im Vorfeld über die geplante Eröffnungsveranstaltung informiert?
   Falls ja: Seit wann und durch wen wurde die Stadt bzw. der Ortsvorsteher über die Veranstaltung informiert?
4. Wer hat über den Teilnehmerkreis bzw. die Einladungen zur Eröffnungsveranstaltung entschieden?
5. Aus welchem Grund wurde die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg nicht zu der Veranstaltung eingeladen?
6. Wurden Mitglieder anderer Fraktionen des Ortsbeirats, insbesondere Mitglieder der SPD-Fraktion, eingeladen?
   Falls ja, bitten wir um Auskunft, nach welchen Kriterien die Einladungen ausgesprochen wurden.
7. Wurde der gesamte Ortsbeirat bzw. wurden alle Fraktionen des Ortsbeirats über die Veranstaltung informiert oder zur Teilnahme eingeladen?
   Falls nein, warum nicht?

8. Welche Rolle hatte der Ortsvorsteher bei der Eröffnungsveranstaltung? War er als Vertreter des Ortsbezirks bzw. der Stadt Mainz eingeladen oder nahm er in anderer Funktion teil?
9. Wie wurde die Presse über die Eröffnung informiert? Insbesondere bitten wir um Auskunft, ob die Stadt Mainz, der Ortsvorsteher, die Gewerbetreibenden des Einkaufszentrums oder eine andere Stelle die Allgemeine Zeitung bzw. weitere Medien vorab über die Veranstaltung informiert bzw. eingeladen hat.
10. Hat die Stadt Mainz selbst eine Pressemitteilung, Einladung oder sonstige Information zur Eröffnung herausgegeben oder an Medien weitergeleitet? Falls ja, bitten wir um Mitteilung, durch welche Stelle und zu welchem Zeitpunkt.
11. Welche Gesamtkosten sind für den neuen Aufzug entstanden?
12. Wie wurden die Kosten für den Aufzug finanziert? Wir bitten insbesondere um Auskunft, ob und in welchem Umfang öffentliche Mittel der Stadt Mainz, des Landes Rheinland-Pfalz, Fördermittel oder sonstige öffentliche Gelder eingesetzt wurden.
13. Falls öffentliche Fördermittel eingesetzt wurden: Aus welchem Förderprogramm stammen diese Mittel und in welcher Höhe wurden sie bewilligt bzw. ausgezahlt?
14. Hat die Stadt Mainz selbst finanzielle Mittel, Sachleistungen oder sonstige Leistungen zur Errichtung bzw. Finanzierung des Aufzugs beigesteuert? Falls ja, bitten wir um konkrete Angaben zu Art und Umfang der Leistungen.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass mit dem neuen Aufzug die Barrierefreiheit des Einkaufszentrums verbessert wurde. Gerade deshalb ist für uns nachvollziehbar und transparent darzustellen, wer die Eröffnung organisiert hat, welche Rolle die Stadt und der Ortsvorsteher dabei gespielt haben und nach welchen Kriterien Vertreterinnen und Vertreter des Ortsbeirats zur Veranstaltung eingeladen wurden.

Die CDU-Fraktion bittet daher um eine vollständige und transparente Beantwortung der Fragen.

Für die CDU- Fraktion
Andreas Michalewicz

CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 20. August 2026

Anfrage zur Zukunft des ehemaligen städtischen Kindergartens und der geplanten Verlagerung der Stadtteilbibliothek Lerchenberg

In der Vergangenheit war vorgesehen, die Stadtteilbibliothek Lerchenberg in das Gebäude des ehemaligen städtischen Kindergartens zu verlagern. Voraussetzung hierfür sollte zunächst eine Renovierung bzw. Sanierung des Gebäudes sein. Weitere Räume des Gebäudes sollten anschließend einer anderen Nutzung zugeführt werden. Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation der Landeshauptstadt Mainz stellt sich die Frage, wie der aktuelle Stand dieser Planungen ist und welche Perspektive das Vorhaben derzeit hat.

Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der geplanten Sanierung bzw. Renovierung des ehemaligen städtischen Kindergartens und der vorgesehenen Verlagerung der Stadtteilbibliothek Lerchenberg?
2. Ist die Verlagerung der Stadtteilbibliothek in das Gebäude weiterhin vorgesehen und gibt es hierfür einen konkreten Zeitplan? Falls ja, wann ist nach aktuellem Stand mit Beginn und Abschluss der erforderlichen Arbeiten zu rechnen?
3. Welche Nutzung ist für die weiteren Räume des ehemaligen Kindergartens vorgesehen und gibt es hierfür bereits konkrete Konzepte oder Nutzer?
4. Hat die aktuelle Haushaltslage der Landeshauptstadt Mainz Auswirkungen auf die bisherigen Planungen, insbesondere hinsichtlich Umfang, Priorisierung oder Zeitplan des Vorhabens? Welche nächsten Schritte sind vorgesehen und wann wird der Ortsbeirat über die weitere Entwicklung informiert?

Angesichts der angespannten finanziellen Situation der Landeshauptstadt Mainz ist es aus Sicht der CDU-Fraktion wichtig, transparent darzustellen, wie die weiteren Planungen aussehen und welche Perspektive das Vorhaben für den Lerchenberg hat.

Für die CDU- Fraktion
Andreas Michalewicz

CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 20. August 2026

Anfrage zu Schäden an Gehweg und Bordsteinkanten in der Regerstraße durch Baustellenverkehr

Mit den Bauarbeiten für das geplante Studierendenwohnheim auf dem Lerchenberg wurde zwischenzeitlich begonnen. Bereits während der Ausschachtungsarbeiten war ein erheblicher Baustellenverkehr mit Lastkraftwagen festzustellen.

Aufgrund der begrenzten Breite der Regerstraße kam es dabei nach Beobachtung vor Ort wiederholt dazu, dass sich entgegenkommende Baustellen-Lkw teilweise über den Gehweg ausweichen mussten. In der Folge wurden nach unserer Wahrnehmung zahlreiche Bordsteinkanten beschädigt bzw. abgebrochen. Teilweise befinden sich abgebrochene Bordsteinstücke auf der Fahrbahn.

Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind der Verwaltung die durch den Baustellenverkehr in der Regerstraße entstandenen Schäden an Bordsteinkanten und Gehweg bereits bekannt?
2. Hat die Stadt Mainz die Schäden vor Ort aufgenommen und dokumentiert bzw. eine entsprechende Kontrolle durchgeführt? Falls ja, wann und mit welchem Ergebnis?
3. Wurde der Bauherr bzw. das für die Bauarbeiten verantwortliche Unternehmen von der Stadt auf die entstandenen Schäden hingewiesen und zur Beseitigung aufgefordert? Falls ja, wann und mit welcher Frist?
4. Ist vorgesehen, die entstandenen Schäden nach Abschluss bzw. während der Bauarbeiten auf Kosten des Verursachers vollständig beseitigen zu lassen?
5. Wie stellt die Stadt während der weiteren Bauphase sicher, dass es durch den Baustellenverkehr nicht zu weiteren Schäden an Gehwegen und Bordsteinen kommt und die Verkehrssicherheit für Fußgänger gewährleistet bleibt?

Begründung

Die Regerstraße ist aufgrund ihrer begrenzten Breite für den regelmäßigen Begegnungsverkehr größerer Baustellenfahrzeuge nur eingeschränkt geeignet. Wenn Lkw auf den Gehweg ausweichen müssen, besteht nicht nur die Gefahr weiterer Schäden an der öffentlichen Infrastruktur, sondern auch eine erhebliche Beeinträchtigung und Gefährdung des Fußverkehrs. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist daher sicherzustellen, dass die durch die Baumaßnahme entstandenen Schäden zeitnah beseitigt werden und die Kosten hierfür nicht bei der Allgemeinheit verbleiben.

Gleichzeitig sollte während der weiteren Bauarbeiten darauf geachtet werden, dass der Gehweg für Fußgänger sicher und uneingeschränkt nutzbar bleibt.

Für die CDU- Fraktion
Andreas Michalewicz

Landeshauptstadt Mainz

Antwort zur Anfrage Nr. 0659/2026 der CDU im Ortsbeirat **Mainz-Lerchenberg** betreffend
Ladesäuleninfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Stadtteil Lerchenberg (CDU)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. *Welche Ladesäulen für Elektrofahrzeuge stehen derzeit im Stadtteil Lerchenberg zur Verfügung (bitte nach Betreibern und Standorten aufschlüsseln)?*

Im Stadtteil Lerchenberg stehen derzeit zwei öffentliche Ladesäulen mit insgesamt vier Ladepunkten zur Verfügung. Bei beiden Anlagen handelt es sich um Wechselstrom-Ladesäulen (AC-Säulen).

Die Aufschlüsselung nach Betreibern und Standorten stellt sich wie folgt dar:

- Mainzer Stadtwerke (MSW): Hebbelstraße 2 / Bürgerhaus Lerchenberg, zwei Ladepunkte
- eze.network: Hindemithstraße 23 (gegenüberliegend), zwei Ladepunkte

2. *Welche Preise gelten aktuell für die Nutzung der jeweiligen Ladesäulen (z. B. pro kWh, Ladezeit oder Pauschalen)?*

Aufgrund der unterschiedlichen Roamingpreise ist eine allgemeingültige Preisangabe nicht möglich. Zur Orientierung wird daher empfohlen, die jeweiligen Ladepreise den gängigen Plattformen, wie beispielsweise Ladefuchs.app, zu entnehmen.

3. *Welche Modalitäten gelten für die Nutzung der verschiedenen Ladepunkte (z. B. Zugangssysteme, erforderliche Apps, Vertragsbindungen, Roaming-Möglichkeiten)?*

Siehe Antwort zu Frage 2.

4. *Wie bewertet die Verwaltung die derzeitige Versorgungssituation mit Ladeinfrastruktur im Stadtteil Lerchenberg?*

Aufgrund der dynamischen Entwicklung sieht die Verwaltung Potentiale, die Ladeinfrastruktur weiter auszubauen. Die vorhandenen Ladesäulen werden mit über 2 Ladevorgängen pro Tag gut angenommen. Die Stadt Mainz betreibt selbst keine Ladeinfrastruktur und ist daher darauf angewiesen, dass externe Betreiber Ladestandorte beantragen, aufbauen und später wirtschaftlich betreiben.

5. Welche konkreten Planungen bestehen seitens der Verwaltung bzw. der zuständigen städtischen oder stadtnahen Gesellschaften zum weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur im Stadtteil Lerchenberg?

Derzeit liegen konkrete Prüfaufträge für drei weitere Ladesäulenstandorte eines weiteren privaten Betreibers vor. Diese werden nach der Sommerpause in die städtische Koordinierung eingebracht. Da eine Verpflichtung potentieller Ladesäulenbetreiber zur Errichtung von Ladesäulen nicht möglich ist, kann an dieser Stelle keine verbindliche Aussage darüber getroffen werden, in welcher Anzahl und zu welchem Zeitpunkt die Ladesäulen errichtet werden.

6. In welchem zeitlichen Rahmen ist ein weiterer Ausbau vorgesehen?

Der Ausbau erfolgt nach Eingang der Antragstellung potenzieller Betreiber für eine Laufzeit von 6 Jahren. Sobald eine Grundversorgung sichergestellt ist, erfolgt die Steuerung des weiteren Ausbaus nachfrageorientiert. Dies ist derzeit noch nicht der Fall.

7. Ist beabsichtigt, den Ortsbeirat Lerchenberg in die Planungen zum weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur einzubeziehen? Wenn ja, in welcher Form?

Für diese Koordinierung steht derzeit eine Viertelpersonalstelle im Stadtplanungsamt zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist lediglich vorgesehen, die Ortsvorsteher:innen zu informieren, zumal es sich um eine dezentrale, geringfügige Reduzierung von Parkraum für Verbrennerfahrzeuge handelt. Eine in der Vergangenheit teilweise durchgeführte proaktive Abfrage einzelner Ortsvorsteher:innen beziehungsweise innerhalb des Ortsbeirates zu diesem Thema hat nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt, da die vorgeschlagenen Flächen häufig aus technischen Gründen ausgeschieden sind.

Mainz, 14. Juli 2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Ö 7.1

CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 23. April 2026

Anfrage zur Ladesäuleninfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Stadtteil Lerchenberg

Die Elektromobilität gewinnt zunehmend an Bedeutung und stellt einen wichtigen Baustein für die Erreichung der Klimaschutzziele dar. Eine bedarfsgerechte und transparente Ladeinfrastruktur ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung.

Im Stadtteil Lerchenberg bestehen bereits verschiedene Lademöglichkeiten, die sich jedoch hinsichtlich Preise und Nutzungsbedingungen unterscheiden können. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es daher wichtig, einen Überblick über die bestehenden Angebote und deren Konditionen zu erhalten.

Darüber hinaus ist ein weiterer Ausbau der Ladeinfrastruktur erforderlich, um der steigenden Zahl von Elektrofahrzeugen gerecht zu werden. Dabei sollte der Ortsbeirat frühzeitig in die Planungen einbezogen werden, um die örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse angemessen berücksichtigen zu können.

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Lerchenberg bittet die Stadtverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Ladesäulen für Elektrofahrzeuge stehen derzeit im Stadtteil Lerchenberg zur Verfügung (bitte nach Betreibern und Standorten aufschlüsseln)?
2. Welche Preise gelten aktuell für die Nutzung der jeweiligen Ladesäulen (z. B. pro kWh, Ladezeit oder Pauschalen)?
3. Welche Modalitäten gelten für die Nutzung der verschiedenen Ladepunkte (z. B. Zugangssysteme, erforderliche Apps, Vertragsbindungen, Roaming-Möglichkeiten)?
4. Wie bewertet die Verwaltung die derzeitige Versorgungssituation mit Ladeinfrastruktur im Stadtteil Lerchenberg?
5. Welche konkreten Planungen bestehen seitens der Verwaltung bzw. der zuständigen städtischen oder stadtnahen Gesellschaften zum weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur im Stadtteil Lerchenberg?
6. In welchem zeitlichen Rahmen ist ein weiterer Ausbau vorgesehen?

CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

7. Ist beabsichtigt, den Ortsbeirat Lerchenberg in die Planungen zum weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur einzubeziehen? Wenn ja, in welcher Form?

Wir bitten um eine zeitnahe Beantwortung.

Für die CDU- Fraktion
Andreas Michalewicz

Landeshauptstadt Mainz

Antwort zur Anfrage Nr. 0662/2026 der CDU im Ortsbeirat betreffend
Photovoltaikanlagen auf städtischen und stadtnahen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg (CDU)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1.Auf welchen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg, die sich im Eigentum der Stadt Mainz oder stadtnaher Gesellschaften befinden, sind bereits Photovoltaikanlagen installiert?

2. Welche Leistung (in kWp) weisen die jeweils installierten Photovoltaikanlagen auf den genannten Gebäuden auf?

3. Auf welchen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg, die sich im Eigentum der Stadt Mainz oder stadtnaher Gesellschaften befinden, sind bislang keine Photovoltaikanlagen installiert?

Zu 1-3: Die nachgefragten Angaben können der beigefügten Liste entnommen werden.

4. Aus welchen Gründen wurde auf den unter Frage 3 genannten Gebäuden bislang auf die Installation von Photovoltaikanlagen verzichtet?

Zu 4.: In dem Fall, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Generalsanierungen oder Neubauten genehmigt hat, wurden PV-Anlagen errichtet.
Werden Budgets durch die ADD oder den Stadtrat nicht freigegeben oder gestrichen bzw. wurden Gebäude von Dritten übernommen, konnten keine PV-Anlagen errichtet werden.
Bei städtischen Gebäuden, die vor einem baldigen Abriss oder einer Dachsanierung stehen (beispielsweise Realschule Kanonikus Kir "Neubau", Berufsbildende Schule 3 Gebäude A, Altes FH-Gebäude Gonsenheim, Astrid-Lindgren-Schule), ist eine aktuelle Installation von Photovoltaikanlagen wirtschaftlich nicht sinnvoll.

5. Plant die Verwaltung, auf den bislang nicht genutzten Dachflächen künftig Photovoltaikanlagen zu installieren? Wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen

Zu 5.: Wie bei allen zusätzlichen Aufbauten auf Dachflächen der Bestandsgebäude ist bei einer energetischen Sanierung die Statik zu prüfen. Neben der Fragestellung der Stromversorgung ist es auch die Aufgabe der Kommune, den Wärmebedarf eines Gebäudes zu senken. Mitunter kann ein Abwägen erforderlich sein, welches Medium den Vorrang erhält.
Im besten Fall wird beiden Rechnung getragen.
Geopolitisch hat beides einen hohen Stellenwert. Dennoch benötigen beide Aufgaben

Finanzmittel und Ressourcen. Budgetanmeldungen der GWM sind mit allen Dezernaten und im Zuge der Genehmigung des städtischen Haushaltes bzw. des Wirtschaftsplans final mit der ADD abzustimmen und freizugeben.

Das Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Sport (Dezernat II) teilt zu der Anfrage folgendes mit:

Die Wohnbau Mainz GmbH unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien. Derzeit sind auf deren Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg keine Photovoltaikanlagen installiert, da Mieterstrommodelle in der Regel nur bei Neubauten und Vollmodernisierungen wirtschaftlich seien und ein hohes Vertragsrisiko bestehe. Eine erste Photovoltaikanlage wurde durch die Tochtergesellschaft Wohnen und Energie Mainz GmbH zusammen mit den Mainzer Stadtwerken auf der Kommissbrotbäckerei realisiert. Die Wohnbau Mainz GmbH hat darauf hingewiesen, dass beim Neubauprojekt auf dem Lerchenberg Photovoltaikanlagen installiert werden. Die Entwicklungen im Bereich Photovoltaik werde verfolgt und entsprechende Projekte zu gegebener Zeit umgesetzt.

Zum Gebäudebestand der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG gehört u.a. das Bürgerhaus Lerchenberg. Das Bürgerhaus Lerchenberg verfügt im Bereich Tanzclub und Kita über eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 66 kWp. Darüber hinaus besitzt die Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG im Stadtteil Lerchenberg keine weiteren Gebäude.

Die Unternehmensgruppe Mainzer Stadtwerke hat darauf hingewiesen, dass Gesellschaften der Unternehmensgruppe auf dem Lerchenberg keine Liegenschaften besitzen, die sich für die Installation von Photovoltaikanlagen eigenen würden.

Mainz, 5.06.2026

gez.
Ludwig Holle
Beigeordneter

CDU
STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 23. April 2026

Anfrage zu Photovoltaikanlagen auf städtischen und stadtnahen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg

Die Nutzung von Photovoltaik ist ein zentraler Baustein für die Energiewende auf kommunaler Ebene. Gerade öffentliche Gebäude und Liegenschaften stadtnaher Gesellschaften bieten ein erhebliches Potenzial zur Erzeugung erneuerbarer Energien.

Der Stadtteil Lerchenberg verfügt über eine Vielzahl geeigneter Dachflächen, insbesondere auf öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Sporthallen und Verwaltungsgebäuden. Eine transparente Übersicht über den aktuellen Stand der Nutzung sowie über bestehende Potenziale ist notwendig, um weitere Maßnahmen gezielt voranzubringen.

Zudem ist es von Interesse zu erfahren, welche Hindernisse einer Installation bislang entgegenstehen, um gegebenenfalls politische oder organisatorische Lösungen zu entwickeln und die Nutzung erneuerbarer Energien im Stadtteil konsequent auszubauen.

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Lerchenberg bittet die Stadtverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welchen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg, die sich im Eigentum der Stadt Mainz oder stadtnaher Gesellschaften befinden, sind bereits Photovoltaikanlagen installiert?
2. Welche Leistung (in kWp) weisen die jeweils installierten Photovoltaikanlagen auf den genannten Gebäuden auf?
3. Auf welchen Gebäuden im Stadtteil Lerchenberg, die sich im Eigentum der Stadt Mainz oder stadtnaher Gesellschaften befinden, sind bislang keine Photovoltaikanlagen installiert?
4. Aus welchen Gründen wurde auf den unter Frage 3 genannten Gebäuden bislang auf die Installation von Photovoltaikanlagen verzichtet?
5. Plant die Verwaltung, auf den bislang nicht genutzten Dachflächen künftig Photovoltaikanlagen zu installieren? Wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen?

CDU

STADTBEZIRK MAINZ-LERCHENBERG

Wir bitten um eine zeitnahe Beantwortung.

Für die CDU- Fraktion
Andreas Michalewicz

Objektliste Stichtag 04.04.2024

Objekttyp	SAP-Nr.	Objekt	Straße	H.Nr.	PLZ	Ort	Stadtteil	Region	Baujahr	Eigentumsverhältnis	Eigentümer	PV-Anlage	Leistung in kWp	Erläuterung der Örtlichkeit
Liegenschaft	2240	OR-A - Carl-Zuckmayer-Schulzentrum	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3		55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt				
Gebäude / Objekte	4426.30	OV Lerchenberg Interimsgeb(Ehem. Kita Lerchenberg)	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1	55127	Mainz	Lerchenberg	A	1971	Vermögen Stadt	Stadt Mainz			
Gebäude / Objekte	2240.21	GS Lerchenberg	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A	2004	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	Ja/ GWM	22,68	GS Lerchenberg - Erweiterung (Carl-Zuckmayer)
Gebäude / Objekte	2240.70	GS Lechenberg Sporthalle A	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A	1968	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	Ja - Betreiber	26,03	RS Carl-Zuckmayer Turnhalle
Gebäude / Objekte		GS Lerchenberg Container	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Anmietung GWM i. Auftrag d. Stadt	KB Container GmbH			
Gebäude / Objekte	2240.20	RS+ Lerchenberg	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt	Stadt Mainz	Ja/ Betreiber	59	RS Carl-Zuckmayer (Schulgebäude, alte RS+HS)
Gebäude / Objekte	2240.71	RS+ Lerchenberg Sporthalle B	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Henriette-Arendt-Weg 3	55127	Mainz	Lerchenberg	A	1974	Vermögen Stadt	Stadt Mainz			
laufende / anstehende Baumaßnahme	2240.72	RS+ Lerchenberg Dreifeldsporthalle	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt	Stadt Mainz			
laufende / anstehende Baumaßnahme	2240.72.271	RS+ Lerchenberg Dreifeldsporthalle	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt				
laufende / anstehende Baumaßnahme	2240.73	Mobile Sporthalle	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A						
laufende / anstehende Baumaßnahme	2240.73.273	Mobile Sporthalle	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A						
Gebäude / Objekte	2240.80	Carl-Zuckmayer-Schulzentrum Außenanlage	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt	Stadt Mainz			
Gebäude / Objekte	2240.23	Stadtteilbücherei Lerchenberg	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1+3	Hindemithstr. 1-5	55127	Mainz	Lerchenberg	A	2014	Anmietung GWM				
Gebäude / Objekte	4459.30	Kita Hindemithstraße	Hindemithstr. 1-5 / Henriette-Arendt-Weg 1	*Henriette-Arendt-Weg 1	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt	Stadt Mainz			
Liegenschaft		OR-A VS - Bürgerhaus Lerchenberg	Hebbelstr.	2	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt				
Gebäude / Objekte		Bürgerhaus Lerchenberg	Hebbelstr.	2	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt	Stadt Mainz	teilweise in Klärung, noch offene Fragen		Bürgerhaus Lerchenberg - hier: Kita
Liegenschaft	4326	OR-A - Stadtteilbüro Lerchenberg (ehem. Sparkasse)	Regerstr.	31	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Anmietung Stadt				
Gebäude / Objekte	4326.20	Stadtteilbüro Lerchenberg (ehem. Sparkasse)	Regerstr.	31	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Anmietung Stadt				
Liegenschaft	4412	OR-A - Kita Regerstraße	Regerstr.	1	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt				
Gebäude / Objekte	4412.30	Kita Regerstraße	Regerstr.	1	55127	Mainz	Lerchenberg	A	1998	Vermögen Stadt	Stadt Mainz			
Gebäude / Objekte	4412.XX	Kita Regerstraße Außenanlage	Regerstr.	1	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt				
Liegenschaft	4555	OR-A - Gebäude Brucknerstraße 1	Brucknerstr.	1	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt				
Gebäude / Objekte	4555.20	Gebäude Brucknerstraße 1	Brucknerstr.	1	55127	Mainz	Lerchenberg	A		Vermögen Stadt	Stadt Mainz			

Ö 7.2

Liegenschaft	4556	OR-A - Flüchtlingsunterkunft Rubensallee	Rubensallee	51	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Anmietung Stadt		
Gebäude / Objekte	4556.20	Flüchtlingsunterkunft Rubensallee	Rubensallee	51	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Anmietung Stadt		
Liegenschaft	4750	OR-A - Jugendhilfeeinrichtung	Grünewaldstr.	13	55127	Mainz	Lerchenberg	A			
Gebäude / Objekte	4750.20	Jugendhilfeeinrichtung	Grünewaldstr.	13	55127	Mainz	Lerchenberg	A			
Gebäude / Objekte	4750.80	Jugendhilfeeinrichtung Außenanlage	Grünewaldstr.	13	55127	Mainz	Lerchenberg	A			
Liegenschaft	5180	OR-A - Sportplatz Lerchenberg	Rilkeallee	58	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt		
Gebäude / Objekte	5180.20	Sportplatz Lerchenberg Gebäude des Sportvereins	Rilkeallee	58	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	
Gebäude / Objekte	5180.80	Sportplatz Lerchenberg	Rilkeallee	58	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	
Gebäude / Objekte	5180.XX	Sportplatz Lerchenberg Außenanlage	Rilkeallee	58	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	
Liegenschaft	5790	OR-A - Aufzug Einkaufszentrum Lerchenberg	Regerstr.	zwischen H.Nr. 27 + 29	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	
laufende / anstehende Baumaßnahme	5790.20	Aufzug Einkaufszentrum Lerchenberg	Regerstr.	zwischen H.Nr. 27 + 29	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt		
laufende / anstehende Baumaßnahme	5790.20.510	Aufzug Einkaufszentrum Lerchenberg	Regerstr.	zwischen H.Nr. 27 + 29	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt		
Gebäude / Objekte	5790.20	Technikraum Einkaufszentrum Lerchenberg	Regerstr.	zwischen H.Nr. 27 + 29	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt	Stadt Mainz	
laufende / anstehende Baumaßnahme	5790.XX	Aufzug Einkaufszentrum Lerchenberg Außenanlage	Regerstr.	zwischen H.Nr. 27 + 29	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt		
laufende / anstehende Baumaßnahme	5790.XX.XXX	Aufzug Einkaufszentrum Lerchenberg Außenanlage	Regerstr.	zwischen H.Nr. 27 + 29	55127	Mainz	Lerchenberg	A	Vermögen Stadt		

Landeshauptstadt Mainz

Antwort zur Anfrage Nr. 0658/2026 der SPD im Ortsbeirat **Mainz-Lerchenberg** betreffend
Unfälle mit der Straßenbahn (SPD)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. *Gibt es Unfallzahlen zu Unfällen mit Fußgängern, beim Queren der Straßenbahntrasse an offiziellen Übergängen?*
2. *Gibt es Unfallzahlen zu Unfällen mit Fußgängern oder anderen Verkehrsteilnehmern, welche die Straßenbahntrasse außerhalb der Übergänge queren?*
3. *Gibt es Unfallzahlen zu Unfällen mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, welche die Straßenbahntrasse queren?*

Im Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 30.06.2026 sind der Polizei insgesamt sieben Verkehrsunfälle im Zusammenhang mit der Straßenbahn in der Hindemithstraße bekannt geworden. Sämtliche sieben Verkehrsunfälle ereigneten sich an den mit Lichtzeichenanlagen (Ampeln) gesicherten Übergängen.

Von den sieben Verkehrsunfällen waren fünf Kraftfahrzeuge, ein Fußgänger sowie ein Krankenfahrstuhl beteiligt.

In allen Fällen zeigte die Lichtzeichenanlage (Ampel) für die jeweils Beteiligten – Kraftfahrzeuge, Fußgänger bzw. Krankenfahrstuhl – Rotlicht an. Unfallursache war demnach in jedem der sieben Fälle die Missachtung des Rotlichts der Lichtzeichenanlage.

4. Werden bei den Zahlen zu den Punkten 1-3 auch Beinaheunfälle erfasst?

Beinaheunfälle werden polizeilich in der Regel nicht erfasst und liegen der Verwaltung daher nicht vor. Sie können somit in der Darstellung nicht berücksichtigt werden. Siehe hierzu auch Antwort zu 5

5. Gibt es Untersuchungen zu den Unfallursachen?

Ja. Die Ursachen von Verkehrsunfällen werden im Rahmen der polizeilichen Unfallaufnahme sowie der regelmäßigen Zusammenarbeit zwischen Polizei, Straßenverkehrsbehörde und Verkehrsverwaltung ausgewertet.
Hierzu finden mindestens einmal jährlich Sitzungen der Unfallkommission statt, in denen Unfallhäufungsstellen sowie auffällige Unfallereignisse gemeinsam analysiert und erforderlichenfalls Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit entwickelt und beschlossen werden. Darüber hinaus werden im Rahmen regelmäßiger Verkehrskommissionen, Verkehrsschauen und Ortsbegehungen konkrete Verkehrssituationen fachübergreifend bewertet und

hinsichtlich ihrer Verkehrssicherheit überprüft. Hierfür dienen auch die örtlichen Verkehrsschauen mit den Ortsbeiräten in den Stadtteilen.
Unabhängig von einzelnen Unfallereignissen ist die Vermeidung von Unfällen ein grundlegendes Ziel der Verkehrsplanung und Straßenraumgestaltung. Bereits bei der Planung und Gestaltung von Verkehrsflächen werden Aspekte der Verkehrssicherheit berücksichtigt. Hierzu gehören unter anderem eine möglichst eindeutige und verständliche Verkehrsführung, die sichere Führung aller Verkehrsarten, gut erkennbare Querungsstellen, angemessene Sichtbeziehungen sowie die Berücksichtigung geltender technischer Regelwerke und anerkannter Standards. Erkenntnisse aus dem Unfallgeschehen fließen kontinuierlich in die Weiterentwicklung bestehender Verkehrsanlagen sowie in die Planung neuer Maßnahmen ein. Ziel ist es, potenzielle Konflikte frühzeitig zu erkennen und durch geeignete planerische oder verkehrsrechtliche Maßnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Mainz, 09. Juli 2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

MAINZ-
LERCHENBERG

SPD

Ortsbeiratsfraktion
Mainz-Lerchenberg
13.04.2025

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 23.04.2026:

Unfälle mit der Straßenbahn

Seit 11.12.2016 ist der Mainzer Lerchenberg an das Straßenbahnnetz der Mainzer Verkehrsgesellschaft angeschlossen.

Die Befahrung auf dem Lerchenberg erfolgt überwiegend auf eigenem Gleiskörper: Lediglich in folgenden Bereichen quert die Straßenbahn den Individualverkehr:

- Einfahrt in die Wendeschleife und Querung der Hindemithstraße
- Kreuzung Brucknerstraße/ Hindemithstraße
- Querung Hindemithstraße – Hindemithstraße (Höhe Gustav-Mahler-Straße)

Alle offiziellen Querungen sind mit einer Lichtsignalanlage ausgestattet.

Trotz Sicherung der Querungen durch Lichtsignalanlagen kommt es immer wieder zu Unfällen mit Straßenbahnen.

In den Bereich zwischen der Haltestelle Hindemithstraße und Haltestelle ZDF gibt es für die Straßenbahnen, im Vergleich zum Individualverkehr, keine Geschwindigkeitsbeschränkung. Die Bahnen können somit die Strecke mit der maximalen Geschwindigkeit von 50 km/h befahren.

Wir bitten die Verwaltung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es Unfallzahlen zu Unfällen mit Fußgängern, beim Queren der Straßenbahntrasse an offiziellen Übergängen?
2. Gibt es Unfallzahlen zu Unfällen mit Fußgängern oder anderen Verkehrsteilnehmern, welche die Straßenbahntrasse außerhalb der Übergänge queren?
3. Gibt es Unfallzahlen zu Unfällen mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, welche die Straßenbahntrasse queren?
4. Werden bei den Zahlen zu den Punkten 1 - 3 auch Beinaheunfälle erfasst?
5. Gibt es Untersuchungen zu den Unfallursachen?

Für die SPD-Ortsbeiratsfraktion
Ralph Heinrichs

Landeshauptstadt
Mainz

Antwort zur Anfrage Nr. 0855/2026 der ÖDP im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg betreffend
Fußweg zwischen der Hermann-Hesse-Straße und der Straßenbahnwendeschleife Hindemithstraße (ÖDP)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Wer ist für die Reinigung des Wegeabschnittes in Höhe des Kindergartens zuständig? Wie kann sichergestellt werden, dass hier der Weg gekehrt wird?

Der Bereich ist kein Teil der satzungsgemäßen Straßenreinigung und wird nicht von der Stadtreinigung Mainz gereinigt.
Der Bereich befindet sich in der Anlieger:innen Reinigung und die Überprüfung der Reinigungsleistung wird von der unteren Abfallbehörde -Amt 67- durchgeführt.

2. Ist es möglich die Sitzbank in einen nutzbaren Zustand zu versetzen?

Die Verwaltung wird die Bank überprüfen und gegebenenfalls reparieren.

3. Ist es möglich eine weitere Sitzbank an geeigneter Stelle an diesem Fußweg aufzustellen?

Aufgrund der restriktiven Haushaltsvorgaben können aktuell keine zusätzlichen städtisch finanzierten Bänke aufgestellt werden.

Mainz, 08.06.2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Ö 7.4

ÖDP-Ortsbeiratsfraktion in Lerchenberg

Walter Erbe
Fraktionssprecher
Hermann-Hesse-Str. 94
55127 Mainz-Lerchenberg

Mainz 03.04.2026

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 23.04.2026

Fußweg zwischen der Hermann-Hesse-Straße und der Straßenbahnwendeschleife Hindemithstraße

Der Fußweg zwischen der Hermann-Hesse-Straße und der Straßenbahnwendeschleife Hindemithstraße wird zu allen Jahreszeiten, insbesondere von Fußgängerinnen und Fußgängern intensiv benutzt. Leider wird der Weg im Bereich des Kindergartens nicht regelmäßig gereinigt, darüber hinaus ist die vorhandene Sitzbank, insbesondere für ältere Menschen, länger schon nicht nutzbar, da diese derzeit nach hinten weggekippt ist und man sich somit nicht richtig hinsetzen kann.

Wir fragen daher an:

1. Wer ist für die Reinigung des Wegeabschnittes in Höhe des Kindergartens zuständig? Wie kann sichergestellt werden, dass hier der Weg gekehrt wird?
2. Ist es möglich die Sitzbank in einen nutzbaren Zustand zu versetzen?
3. Ist es möglich eine weitere Sitzbank an geeigneter Stelle an diesem Fußweg aufzustellen?

gez. Walter Erbe
Fraktionssprecher

oedp-stadtratsfraktion@stadt.mainz.de
www.oedp-fraktion-mainz.de

Ö 8.1

Beschlussvorlage für Ausschüsse

Landeshauptstadt Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0954/2026
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 66 Ler	Datum 01.06.2026	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	20.08.2026	Ö

Betreff:
Sachstandsbericht zu Antrag 0378/2026 SPD, Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg;
hier: Multifunktionale Nutzungen im Bereich der Tizianwiese ermöglichen

Mainz, 08.06.2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:
Der Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:
Da die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie die vorhandenen personellen Kapazitäten nicht ausreichen, alle sanierungs- und entwicklungsbedürftigen Spiel- und Freizeitflächen zeitnah zu überplanen, erfolgt die Auswahl möglicher Maßnahmen im Rahmen einer gesamtstädtischen Priorisierung.
Hierbei werden insbesondere demografische Faktoren, die Versorgungssituation im Umfeld, insbesondere vorhandene alternative Spiel- und Aufenthaltsangebote, weitere laufende Maßnahmen sowie der jeweilige Kostenrahmen berücksichtigt.
Ob und wann eine Überplanung bzw. Weiterentwicklung der Tizianwiese erfolgen wird, kann derzeit nicht beurteilt werden. Die Maßnahmenliste für das Folgejahr wird regelmäßig am Anfang eines Kalenderjahres in Kooperation der betroffenen Fachämter erstellt und anschließend den zuständigen Gremien, dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie, zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Welche Projekte letztlich berücksichtigt werden können, ist erst absehbar, wenn alle Bedarfe bekannt sind und alle Projekte im Hinblick auf ihre Dringlichkeit untereinander verglichen werden.
Die Verwendung der künftig zu erwartenden Mittel aus dem Regionallastenausgleichsgesetz sollen nach der Beschlusslage des Stadtrats für Kinderspielplätze und Kinderspielgeräte verwendet werden. Fitnessgeräte oder Ausstattungen für Generationenplätze und andere multifunktionale Flächen fallen nicht darunter.

Ö 8.2

Beschlussvorlage für Ausschüsse

Landeshauptstadt Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0947/2026
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 27.05.2026	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	20.08.2026	Ö

Betreff:
Sachstandsbericht zu Antrag 1514/2022 der CDU im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
hier: Einrichtung einer Fahrrad-Reparaturstation im Lerchenberger Einkaufszentrum

Mainz, 29.05.2026

gez.

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Lerchenberg** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Eine Reparaturstation für Fahrräder soll auch im Stadtteil Lerchenberg in Zukunft errichtet werden. Es wurden ab dem Jahr 2022 bereits in anderen Teilen der Stadt Stationen errichtet. Die Haushaltslage der letzten Jahre hat es nicht zugelassen, die Installation und damit Verfügbarkeit von Reparaturstationen in weiteren Stadtteilen auszuweiten. Es wird weiter verfolgt, das Ziel einer flächendeckenden Möglichkeit der Eigenreparatur als einen Baustein der ortsteilnahen Radverkehrsförderung zu erreichen. Zudem werden Gespräche mit den Flächeneigentümer:innen am Lerchenberger Einkaufszentrum geführt, um eine Station möglichst gut erreichbar zu positionieren.

Beschlussvorlage für Ausschüsse

Landeshauptstadt Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1176/2026
Amt/Aktenzeichen 40/	Datum 28.07.2026	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	20.08.2026	Ö

Betreff:
Sachstandsbericht zu Antrag 0665/2026 CDU Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
hier: Prüfung der Einrichtung eines Gymnasiums im ehemaligen Novo-Nordisk-Gebäude auf dem Lerchenberg

Mainz, den 03.08.2026

gez. Delbasteh
Beigeordneter

Beschlussvorschlag:
Der Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis, der Antrag ist erledigt.

Sachverhalt:
Im Stadtteil Mainz-Lerchenberg steht in der Tat kein gymnasiales Angebot direkt vor Ort zur Verfügung, wie dies jedoch in den meisten anderen Stadtteilen auch der Fall ist, bspw. in Mainz-Finthen, Hartenberg-Münchfeld, Mainz-Drais, Mainz-Marienborn, Mainz-Laubenheim, Mainz-Ebersheim. Durch den gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr sind vom Lerchenberg aus die weiterführenden Schulen bzw. die Gymnasien in der Neustadt zeitnah erreichbar. Nach Mainz-Gonsenheim gibt es eine durchgängige Verbindung, so dass vom Lerchenberg auch diese Schulen innerhalb von rund 40 Minuten erreichbar sind. Diese Zeiten sind für den Weg zu einer weiterführenden Schule durchaus akzeptabel und bewegen sich im Rahmen der Zeiten, die aus anderen Stadtteilen benötigt werden.

Im Schulentwicklungsplan von November 2025 wird der Bedarf für ein weiteres Gymnasium ab 2030 gesehen. Allerdings hat der Landkreis Mainz-Bingen beim Land Rheinland-Pfalz inzwischen sowohl ein neues Gymnasium als auch eine weitere Integrierte Gesamtschule beantragt. Sollten diese Schulen im Landkreis errichtet werden, wird dies Auswirkungen auf den Bedarf an weiterführenden Schulen in der Stadt Mainz haben, da derzeit viele Kinder aus dem Landkreis Mainz-Bingen derartige Schulen in Mainz besuchen. Somit müssen diese Entscheidungen und deren Auswirkungen abgewartet werden, bevor über eine Errichtung von neuen weiterführenden Schulen in Mainz entschieden wird.

Das ehemalige Novo-Nordisk-Gebäude auf dem Lerchenberg steht für die dauerhafte Errichtung einer weiterführenden Schule darüber hinaus nicht zur Verfügung, weil dieses Gebäude in der Zukunft zur Auslagerung von Schulen während der Sanierung von deren Schulgebäude dienen soll.

Beschlussvorlage für Ausschüsse		
öffentlich		Drucksache Nr. 1107/2026
Amt/Aktenzeichen 61/0664/2026	Datum 03.07.2026	**TOP**

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	20.08.2026	Ö

Betreff:
Sachstandsbericht zu Antrag 0664/2026 der CDU im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
hier: Sicherung des Gehwegs an der Tizianwiese gegen unbefugte Nutzung durch Fahrzeuge

Mainz, 9.7.2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Lerchenberg** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die im betreffenden Bereich ursprünglich vorhandenen Poller werden zeitnah wieder angebracht. Mit dieser Maßnahme soll die unbefugte Befahrung des Gehwegs sowie der angrenzenden Grünflächen durch Kraftfahrzeuge wirksam unterbunden werden.

Ö 8.5

Beschlussvorlage für Ausschüsse

Landeshauptstadt Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1201/2026
Amt/Aktenzeichen VIII/61	Datum 06.08.2026	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am ---

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	20.08.2026	Ö

Betreff:
Sachstandsbericht zum Antrag 0113/2026 (SPD), Ortsbeirat Lerchenberg
hier: Beleuchtung der Rampe vom Einkaufszentrum zur Hindemithstraße

Mainz, 10.08.2026

gez.
Ludwig Holle
Beigeordneter

Die Verbesserung der Beleuchtungssituation an der Rampe des Einkaufszentrums in Mainz-Lerchenberg wurde bereits im Jahr 2025 von der Mainzer Netze GmbH überprüft. Für die Maßnahme wurden im Beleuchtungshaushalt für das Jahr 2027, 7.000,00 € angesetzt.

Aufgrund der Dringlichkeit wurde der Vorschlag einer temporären Beleuchtung bis zur Umgestaltung des angrenzenden Brunnenplatzes, aus dem Antrag Nr. 0113/2026 des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg, überprüft.

Aus Kostengründen soll auf eine temporäre Beleuchtung verzichtet werden. Die dauerhafte Beleuchtung der Rampe soll dafür vorgezogen werden. Mit der Zustimmung des Grün- und Umweltamtes wurde die Mainzer Netze GmbH im August 2026 beauftragt die Beleuchtung der Rampe noch im Jahr 2026 umzusetzen. Die Leuchte wird aus Umweltschutzgründen zwischen 23:00 — 5:00 Uhr um 50 % gedimmt.

Ö 9.1

Beschlussvorlage

Landeshauptstadt Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0827/2026
Amt/Aktenzeichen 70/70 10 21	Datum 06.05.2026	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 26.05.2026

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Werkausschuss Stadtreinigung Mainz	Vorberatung	27.05.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim	Anhörung	02.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Oberstadt	Anhörung	02.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Hartenberg/Münchfeld	Anhörung	09.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Anhörung	10.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Anhörung	10.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Anhörung	16.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Anhörung	20.08.2026	Ö
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Vorberatung	01.09.2026	Ö
Haupt- und Personalausschuss	Vorberatung	02.09.2026	Ö
Stadtrat	Entscheidung	09.09.2026	Ö

Betreff:
15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.Dezember 2024

Mainz, 18.05.2026

gez. Steinkrüger
Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 01.06.2026

gez. Haase

Nino Haase
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:
Die vorberatenden Gremien empfehlen, der Stadtrat beschließt, die als Anlage beigefügte 15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024, zu beschließen.

Sachverhalt

Änderung des als Anlage zur Straßenreinigungssatzung geführten Straßenverzeichnisses Teil A und Teil B

Den in der 15. Satzungsänderung enthaltenen Änderungen der Straßenreinigungssatzung voranzustellen ist, dass das zugrundeliegende Straßenreinigungskonzept der Stadt Mainz am 16. Mai 2001 vom Stadtrat einstimmig beschlossen und in der Stadtratssitzung am 2. Dezember 2015 mit großer Mehrheit erneut bestätigt wurde.

Durch Änderungssatzungen wird das Straßenreinigungskonzept seitdem kontinuierlich – wie zuletzt mit Satzung vom 20. April 2022 – umgesetzt.

Das Straßenreinigungskonzept sieht insbesondere vor, dass alle dem öffentlichen Verkehr neu gewidmeten Straßen in den Stadtteilen, in denen in der vorangegangenen Zeit die Straßenreinigung auf die Anlieger übertragen war (Drais, Ebersheim, Laubenheim und Marienborn), in Teil B des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung aufzunehmen und somit von den Anwohnern zu reinigen sind. In den übrigen Stadtteilen erfolgt eine Aufnahme in Teil A des Straßenverzeichnisses, das heißt, in die städtische Straßenreinigung durch die Stadtreinigung. Bei größeren zusammenhängenden Neubaugebieten gilt -stadtweit- grundsätzlich die Aufnahme in Teil A des Straßenverzeichnisses; somit also auch in den Stadtteilen, in denen in der Vergangenheit die sogenannte Anliegerreinigung praktiziert wurde.

Dieses Verfahren regelt damit eindeutig, dass in den Stadtteilen, in denen bisher die Straßenreinigung auf die Anlieger übertragen wurde, dies grundsätzlich so bleibt; die dort neu hinzukommenden „größeren zusammenhängenden Neubaugebiete“ jedoch in die städtische Straßenreinigung aufzunehmen sind.

Zum anderen sieht das Straßenreinigungskonzept die stadtweite Gleichbehandlung und die Einbeziehung der gewidmeten Verkehrsflächen in den Gewerbegebieten in die städtische Reinigung durch die Stadtreinigung vor.

Im Hinblick auf die gebotene Rechtsklarheit und Rechtssicherheit im Straßenreinigungsrecht der Stadt Mainz ist eine stringente Verfahrensweise von erheblicher Bedeutung.

Der beigefügte Entwurf zur 15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024, setzt die gefassten Beschlüsse des Stadtrats um und beinhaltet:

1. die Änderung des Straßenverzeichnisses Teil A

2. die Änderung des Straßenverzeichnisses Teil B

Inhalt des Satzungsentwurfes (unter 1.1) ist folglich die stadtweite Aufnahme der neu gewidmeten Verkehrsflächen in den aktuellen, größeren zusammenhängenden Neubaugebieten und Gewerbegebieten in das als Anlage zur Satzung geführte Straßenverzeichnis Teil A (städtische Reinigung).

Stadtteil	Neubaugebiet	Umfang der Aufnahme
Mainz-Finthen	F 87 Finthen-West „Rötherweg“	nunmehr Komplettaufnahme in Teil A, das Plangebiet ist bereits zum Teil in Teil A aufgenommen
Mainz-Gonsenheim	B 158 Hochschulerweiterung südlich des Europakreisels „Saarstraße, Treppen und Rampen nördlich der Fußgängerbrücke zwischen Isaac-Fulda-Allee und Dr.-Maria-Hopf-Straße sowie der nördliche Bereich unter der Brücke“	Aufnahme in Teil A entsprechend den Satzungsregelungen soweit innerhalb der geschlossenen Ortslage
Mainz-Neustadt	N 84 Neues Stadtquartier Zoll- und Binnenhafen „Clarissa-Kupferberg-Platz“ N 87 Neuer Quartiersplatz „Emausweg“ „Martin-Büsser-Straße“	weitere Teilaufnahme in Teil A, da noch nicht alle Verkehrsflächen gewidmet sind entsprechend der baulichen Entwicklung Aufnahme in Teil A analog den umliegenden Straßen und Streichung im Teil B Aufnahme in Teil A aufgrund Umbenennung der „Pfitznerstraße“
Mainz-Oberstadt	O 65 Neues Wohnen Rodelberg „Am Fort Hechtsheim“	Komplettaufnahme in Teil A

Des Weiteren ist Gegenstand des Satzungsentwurfs (unter 1.2 u. 1.3) die Neuregelung bzw. Präzisierung der Reinigungsverpflichtung in dem als Anlage geführten Straßenverzeichnis Teil A auf Grundlage von punktuellen Widmungen, Einziehung von Widmungen (auch im Bereich der Rheinpromenade) sowie aufgrund von Straßenumbenennungen.

Darüber hinaus regelt der Satzungsentwurf die Erhöhung der Reinigungshäufigkeit in der Fußgängerzone des sanierten Einkaufszentrums „Hindemithstraße“. Die derzeitige einmalige Reinigung pro Woche gemäß Reinigungsklasse (Rkl) 51 entspricht nicht mehr dem typischen Verschmutzungsgrad und dem damit einhergehenden Säuberungsbedürfnis der besagten öffentlichen Verkehrsfläche. Vor dem rechtlichen Hintergrund, dass die Straßenreinigungshäufigkeit vom Satzungsgeber so zu wählen ist, dass es nur in extremen Ausnahmefällen einer Sonderreinigung bedarf sowie im Interesse eines sauberen Stadtbildes, wird eine Reinigung von zweimal in der Woche (Rkl 52) vorgeschlagen. Mithin wäre der vom Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg in seiner Sitzung am 23. Januar 2025 einstimmig beschlossene Antrag 0112/2025 umgesetzt.

Stadtteil	Straße bzw. Straßenbereich	Art der Präzisierung
Mainz-Altstadt	„Am Winterhafen, von Dagobertstraße bis Victor-Hugo-Ufer“ Reinigungsklasse (Rkl) 11 (Reinigungshäufigkeit = 1 x pro Woche)	Präzisierung aufgrund der tatsächlichen Reinigungshäufigkeit und des Straßenverlaufs
	„Am Winterhafen, von Dagobertstraße bis Stresemann-Ufer“ Rkl 14 (Reinigungshäufigkeit = 4 x pro Woche)	
	„Birnbaumsgasse“	Streichung aus Teil A aufgrund Widmungseinziehung
	„Stresemann-Ufer, nur von Am Winterhafen entlang Malakoff-Terrasse bis Ende Treppenanlage, oberer Bereich“	Neuregelung aufgrund der derzeitigen Widmungssituation
Mainz-Finthen	„Elisabeth-Schwarzhaupt-Straße, jedoch ohne Fußweg entlang Haus-Nr. 11“ (Rkl 11)	Neuregelung aufgrund weiterer Widmungen, nunmehr komplett im Teil A
	„Elisabeth-Schwarzhaupt-Straße, jedoch nur Fußweg entlang Haus-Nr. 11“ (Rkl 61)	
Mainz-Lerchenberg	„Hindemithstraße, jedoch nur Innenbereich des Einkaufszentrums einschließlich der Zugänge“	Erhöhung der Reinigungshäufigkeit entsprechend dem Verschmutzungsgrad von Rkl 51 auf Rkl 52

Mainz-Gonsenheim	„Isaac-Fulda-Allee, Verbindungsweg zwischen Haus-Nr. 1 und 3 und südliche Seite des Verbindungsweges entlang Rückseite Haus-Nr. 1 zur Koblenzer Straße sowie Verbindungsweg von Wendehammer bei Haus-Nr. 24 bis Koblenzer Straße und Stichweg entlang Haus-Nr. 6 und 8 bis Treppenanlage zur Fußgängerbrücke“	Neuregelung aufgrund weiterer Widmungen, nunmehr größtenteils im Teil A
Mainz-Hartenberg/ Münchfeld	„Binger Schlag, Bahnhofsvorfahrt West, einschließlich Ausfahrt sowie Treppenanlage und Verbindungsweg von Wallstraße und Verbindungsweg von Binger Straße jeweils bis Bahnhofszugang“	Neuregelung aufgrund weiterer Widmungen, nunmehr komplett im Teil A
Mainz-Neustadt	„Adenauer-Ufer, nur Zufahrt zur Südmole Zollhafen (zwischen Am Zollhafen und Taunusstraße)“	Neuregelung aufgrund der derzeitigen Widmungssituation
	„Eduard-Kreyßig-Ufer, von östlicher Seite/Rückseite Taunusstraße 66 bis Hafeneinfahrt“	Neuregelung aufgrund Widmung, nunmehr komplett im Teil A
	„Inge-Reitz-Straße, von Rheinallee bis einschließlich Haus-Nr. 7, jedoch ohne westlichen Gehweg“	Neuregelung aufgrund weiterer Widmung, noch nicht alle Verkehrsflächen gewidmet
	„Pfitznerstraße“	Streichung aus Teil A aufgrund Umbenennung in „Martin-Büsser-Straße“, diese aufgenommen im Teil A
	„Taunusstraße, unter/hinter Haus-Nr. 55, hinter dem alten Weinlager von Rückseite Haus-Nr. 57 - 79 (einschließlich der Ecke in Höhe Haus-Nr. 81), Stichwege seitlich Haus-Nr. 59 bzw. 61, Platz vor Treppenanlage Hafenbecken, Weg vor Haus-Nr. 66, Platz über der Tiefgarage Weinlager von in Höhe Haus-Nr. 59 - 65 und entlang Haus-Nr. 65 - 77“	Neuregelung aufgrund Widmung, nunmehr komplett im Teil A

Änderungen im Teil B des Straßenverzeichnisses (Anliegerreinigung):

Stadtteil	Straße bzw. Straßenbereich	Art der Änderung
Mainz-Finthen	„Agnes-Miegel-Straße“	Streichung aus Teil B aufgrund Umbenennung in „Betty-Winterfeld-Straße“
	„Betty-Winterfeld-Straße“	Aufnahme in Teil B aufgrund der vorgenannten Umbenennung
Mainz-Neustadt	„Emausweg“	Streichung aus Teil B wegen Übernahme in Teil A entsprechend der baulichen Entwicklung (N 87 Neuer Quartiersplatz)

Lösung

Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024, entsprechend dem vorgelegten Entwurf der 15. Änderungssatzung.
Der Satzungsentwurf ist mit dem Standes-, Rechts- und Ordnungsamt abgestimmt.

Alternativen

Keine

Finanzierung

Die durch die 15. Änderung der Straßenreinigungssatzung erhöhten Aufwendungen bei der städtischen Reinigung durch die Stadtreinigung - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Mainz sind durch entsprechende Gebühreneinnahmen zu decken.

Anlage: Entwurf der 15. Änderungssatzung

ENTWURF

15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024, vom September 2026

Der Stadtrat hat aufgrund

der §§ 24 und 26 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 20. Dezember 2024 (GVBl. S. 473, 475),

der §§ 17 Abs. 3, 40 und 53 Abs. 1 Ziff. 2 und Abs. 2 des Landesstraßengesetzes (LStrG) für Rheinland-Pfalz vom 1. August 1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 22. Dezember 2025 (GVBl. S. 763)

und der §§ 1, 2, 3, 7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 25. Februar 2025 (GVBl. S. 62)

am 9. September 2026 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

1. Das

Straßenverzeichnis Teil A,

Anlage gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 3 a) der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024, **wird wie folgt geändert:**

1.1 **Die folgenden Straßen werden neu aufgenommen:**

Straßenbezeichnung	Stadtteil	Straßen-schlüssel	Rkl
Am Fort Hechtsheim, von in Höhe des Weges zu Am Rodelberg 15 und 19 bis zum Ende des Wendehammers	MzO	79395	11
Am Fort Hechtsheim, an der Ostseite des Wendehammers der Zugang zum Aufzug, die Treppenanlage und die Einmündung sowie Fußweg (im Bereich der Grünanlage) von der Straße Am Fort Hechtsheim zur Geschwister-Scholl-Straße	MzO	79395	61
Clarissa-Kupferberg-Platz, entlang Rückseite Am Zollhafen 3 - 5	MzN	79386	51
Emausweg	MzN	00457	11
Martin-Büsser-Straße	MzN	79411	61
Rötherweg, jedoch ohne Fußweg zur Uhlerbornstraße nördlich von Haus-Nr. 17 bzw. 28	Fi	79266	11
Rötherweg, jedoch nur Fußweg zur Uhlerbornstraße nördlich von Haus-Nr. 17 bzw. 28	Fi	79266	61
Saarstraße, Treppen und Rampen nördlich der Fußgängerbrücke zwischen Isaac-Fulda-Allee und Dr.-Maria-Hopf-Straße sowie der nördliche Bereich unter der Brücke	Go	01200	61

1.2 **Bei den nachbenannten Straßen werden im Teil A des Straßenverzeichnisses der Reinigungsumfang und die Reinigungsklasse (Rkl) wie folgt geregelt:**

Straßenbezeichnung	Stadtteil	Straßen-schlüssel	Rkl
Adenauer-Ufer, nur Zufahrt zur Südmole Zollhafen (zwischen Am Zollhafen und Taunusstraße)	MzN	00014	11
Am Winterhafen, von Dagobertstraße bis Victor-Hugo-Ufer	MzA	00196	11
Am Winterhafen, von Dagobertstraße bis Stresemann-Ufer	MzA	00196	14

Binger Schlag, Bahnhofsvorfahrt West, einschließlich Ausfahrt sowie Treppenanlage und Verbindungsweg von Wallstraße und Verbindungsweg von Binger Straße jeweils bis Bahnhofszugang	MzH	01464	31
Eduard-Kreyßig-Ufer, von östlicher Seite/Rückseite Taunusstraße 66 bis Hafeneinfahrt	MzN	79387	51
Elisabeth-Schwarzhaupt-Straße, jedoch ohne Fußweg entlang Haus-Nr. 11	Fi	79264	11
Elisabeth-Schwarzhaupt-Straße, jedoch nur Fußweg entlang Haus-Nr. 11	Fi	79264	61
Hindemithstraße, jedoch nur Innenbereich des Einkaufszentrums einschließlich der Zugänge	Le	00663	52
Inge-Reitz-Straße, von Rheinallee bis einschließlich Haus-Nr. 7, jedoch ohne westlichen Gehweg	MzN	79384	41
Isaac-Fulda-Allee, Verbindungsweg zwischen Haus-Nr. 1 und 3 und südliche Seite des Verbindungsweges entlang Rückseite Haus-Nr. 1 zur Koblenzer Straße sowie Verbindungsweg von Wendehammer bei Haus-Nr. 24 bis Koblenzer Straße und Stichweg entlang Haus-Nr. 6 und 8 bis Treppenanlage zur Fußgängerbrücke	Go	00747	61
Stresemann-Ufer, nur von Am Winterhafen entlang Malakoff-Terrasse bis Ende Treppenanlage, oberer Bereich	MzA	01291	14
Taunusstraße, unter/hinter Haus-Nr. 55, hinter dem alten Weinlager von Rückseite Haus-Nr. 57 - 79 (einschließlich der Ecke in Höhe Haus-Nr. 81), Stichwege seitlich Haus-Nr. 59 bzw. 61, Platz vor Treppenanlage Hafenbecken, Weg vor Haus-Nr. 66, Platz über der Tiefgarage Weinlager von in Höhe Haus-Nr. 59 - 65 und entlang Haus-Nr. 65 - 77	MzN	01302	51

1.3 **Die folgenden Straßen werden im Teil A des Straßenverzeichnisses gestrichen:**

Straßenbezeichnung	Stadtteil	Straßen-schlüssel	Rkl
Birnbaumsgasse	MzA	00335	13
Pfitznerstraße	MzN	05620	61

2. Das

Straßenverzeichnis Teil B,

Anlage gemäß § 3 Abs. 2 und Abs. 3 b) der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 13. Dezember 2024, **wird wie folgt geändert:**

2.1 **Die folgenden Straßen werden neu aufgenommen:**

Straßenbezeichnung	Stadtteil	Straßen-schlüssel
Betty-Winterfeld-Straße	Fi	79409

2.2 **Die folgenden Straßen werden im Teil B des Straßenverzeichnisses gestrichen:**

Straßenbezeichnung	Stadtteil	Straßen-schlüssel
Agnes-Miegel-Straße	Fi	05942
Emausweg	MzN	05166

Artikel II

Diese Satzung tritt am 1. Oktober 2026 in Kraft.

Mainz, September 2026
Stadtverwaltung Mainz

Nino Haase
Oberbürgermeister

Ö 9.2

Landeshauptstadt
Mainz

Stadtverwaltung Mainz | Dezernat IV | Postfach 3620 | 55026 Mainz

An Herrn
Ortsvorsteher Alper Kömür
Ortsverwaltung Mainz-Lerchenberg

über
10 - Hauptamt

Dezernat für Soziales, Kinder, Jugend und Gesundheit

Postfach 3620
55026 Mainz
Stadthaus, Kreyßig-Flügel | 5. OG
Kaiserstraße 3-5

Ansprechperson:
Olimpio Acerenza
Tel 0 61 31 - 12 31 74
Fax 0 61 31 - 12 25 34
olimpio.acerenza@stadt.mainz.de
www.mainz.de

Mainz, 05.08.2026

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg am 28.05.2026;
Punkt 9.3 Bewerbung für das Bund-Länder-Städtebauförderproqramm "Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt mit den drei Regionalfenstern Mombach, Nördliche Neustadt/Hartenberg und Lerchenberg
hier: Antwort auf die Nachfrage aus dem Ortsbeirat

Sehr geehrter Herr Kömür, lieber Alper,

die angesprochenen Unterlagen sind Bewerbungsunterlagen, die auf Grundlage der Vorgaben des Fördermittelgebers erstellt werden. Sie dienen ausschließlich dazu, die bestehenden Entwicklungsbedarfe darzustellen, die grundsätzliche Ausrichtung des Vorhabens zu skizzieren und die Förderwürdigkeit der Bewerbung zu begründen. Darin enthaltende mögliche Maßnahmen sind ausschließlich als erste Überlegungen zu verstehen. Insbesondere enthalten die Bewerbungsunterlagen keine Projekte, deren Förderung bereits vorgesehen, beschlossen oder verbindlich festgelegt ist.

Die Bewerbungsunterlagen befinden sich derzeit noch in der Entwurfsfassung. Ihre Finalisierung ist für Ende des Jahres vorgesehen. Bis dahin sind aufgrund der noch ausstehenden qualifizierten Ergänzungen durch die beteiligten Ämter weitere, auch wesentliche Änderungen zu erwarten. Vor diesem Hintergrund wäre eine Bewertung oder Priorisierung der derzeit beispielhaft aufgeführten Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht und würde dem vorgesehenen Verfahren vorgreifen.

Die konkrete Ausgestaltung der Handlungsfelder und förderfähigen Maßnahmen erfolgt erst im Falle einer Förderzusage im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts. In diesem Prozess werden die Maßnahmen gemeinsam mit den relevanten Akteur:innen entwickelt und abgestimmt. Der Ortsbeirat wird hierbei frühzeitig eingebunden und erhält Gelegenheit, sich aktiv an der Entwicklung der Fördermaßnahmen zu beteiligen.

Ich möchte Sie bitten, die Mitglieder des Ortsbeirates hierüber zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Jana Schmöller
Beigeordnete

Ö 10.1

Landeshauptstadt
Mainz

Stadtverwaltung Mainz | Dezernat V | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Alle Ortsbeiräte
der Landeshauptstadt Mainz

Beigeordnete
Janina Steinkrüger
Dezernat für Umwelt und Mobilität

Postfach 3820
55028 Mainz
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/ Löwenhofstraße 1

Ansprechperson
Franziska Voigt
Tel. 06131 12-3400
Fax 06131 12-2053
franziska.voigt@stadt.mainz.de

Mainz, 18. August 2026

Mitteilung an Ortsbeiräte zu Radnetz Mainz
hier: Überführung des gemeinsam entwickelten Arbeitstandes in die politische Beschlussfassung – Vorlage 1181/2026

Sehr geehrte Ortsbeiratsmitglieder,

Die Verwaltung bringt das gesamtstädtische „Radnetz Mainz" nun zur Beschlussfassung in den Mobilitätsausschuss und anschließend in den Stadtrat ein. Mit dem Beschluss soll ein übergeordneter Orientierungs- und Planungsrahmen für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in Mainz geschaffen werden.

Das Radnetz stellt die für den Radverkehr wichtigen Verbindungen im gesamten Stadtgebiet zusammen und ordnet sie entsprechend ihrer jeweiligen Funktion und Bedeutung in Hauptnetz, Aufbaunetz und Ergänzungsnetz ein. Damit entsteht erstmals ein zusammenhängendes und stadtweit einheitliches Netzkonzept. Der Beschluss legt jedoch weder konkrete Baumaßnahmen noch bestimmte Führungsformen wie Radwege, Radfahrstreifen oder Fahrradstraßen fest. Welche Lösung an einem bestimmten Straßenabschnitt geeignet und umsetzbar ist, wird erst im Rahmen der jeweiligen vertieften Planung und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten sowie aller betroffenen Belange geprüft.

Der für die Beschlussfassung im Ausschuss für Mobilität vorgesehene Entwurf ist das Ergebnis eines umfassenden Erarbeitungs- und Beteiligungsprozesses. Hierzu gehörten neben fachlichen und politischen Abstimmungen insbesondere auch mehrere Beteiligungs- und Austauschformate mit den Ortsbeiräten und ihren Mitgliedern. Die zahlreichen Hinweise aus den Stadtteilen waren für die Erarbeitung ausgesprochen hilfreich. Sie wurden fachlich geprüft und haben an vielen Stellen zu Ergänzungen, Anpassungen oder einer veränderten Einordnung von Netzverbindungen geführt. Auch die Ergebnisse weiterer Beteiligungsformate und der Bürgerbeteiligung sind in das Radnetz eingeflossen.

Da die Ortsbeiräte damit bereits intensiv an der Erarbeitung beteiligt waren und die eingegangenen Hinweise umfassend ausgewertet wurden, ist vor der Beschlussfassung keine erneute formale Befassung der tangierten Ortsbeiräte vorgesehen. Mit dieser Mitteilung soll gleichwohl transparent darüber informiert werden, dass der gemeinsam entwickelte Arbeitsstand nun in die politische Beschlussfassung überführt wird.

Der Netzbeschluss bildet die strategische Grundlage für die weitere Planung. Sobald aus dem Radnetz konkrete Maßnahmen für einzelne Straßen oder Stadtteile entwickelt werden, erfolgt die jeweils erforderliche Prüfung und Beteiligung erneut auf der Ebene des konkreten Vorhabens. Die zuständigen Ortsbeiräte werden dabei entsprechend einbezogen.

Das Radnetz ist zugleich ein wichtiger fachlicher Baustein des Mobilitätsplans Mainz. Es führt die für den Radverkehr erarbeiteten Grundlagen in den gesamtstädtischen Planungsprozess ein und ermöglicht es, künftige Maßnahmen nicht mehr nur einzeln, sondern im Zusammenhang eines durchgängigen und schlüssigen Gesamtnetzes zu betrachten.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Janina Steinkrüger

Beschlussvorlage

Landeshauptstadt Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1181/2026
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 03.08.2026	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 11.08.2026

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ausschuss für Mobilität	Vorberatung	26.08.2026	Ö
Stadtrat	Entscheidung	09.09.2026	Ö

Betreff:
Radnetz Mainz – Umsetzung des Stadtratsauftrags aus dem Änderungsantrag 1068/2018/1
hier: Beschluss des gesamtstädtischen Routennetzes mit drei Netzebenen und Erledigung des Antrags

Mainz, 05. August 2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Mainz, 14. August 2026
I.V.
Daniel Köbler
Bürgermeister

Nino Haase
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

1. Das als Anlage 1 beigefügte Radnetz Mainz mit den drei funktionalen Netzebenen Hauptnetz, Aufbaunetz und Ergänzungsnetz wird als strategisches, gesamtstädtisches Netzkonzept für den Radverkehr beschlossen.
2. Das Radnetz ist bei künftigen städtischen Verkehrs-, Straßenraum- und Stadtentwicklungsplanungen als fachliche Planungsgrundlage zu berücksichtigen und in den Mobilitätsplan Mainz einzubinden. Der Beschluss legt keine konkrete Führungsform, keinen Ausbaustandard und keine Einzelmaßnahme fest. Er ersetzt nicht die für Einzelvorhaben erforderlichen Planungen, Abwägungen, Beteiligungen, Genehmigungen, verkehrs-

rechtlichen Anordnungen sowie gesonderten politischen und haushalterischen Entscheidungen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verbindungen des Radnetzes schrittweise zu konkretisieren und im Rahmen der verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen umzusetzen. Dabei sind insbesondere Verkehrssicherheit, Lückenschlüsse, Nachfrage und Netzwirkung, Umsetzbarkeit, Synergien mit anderen Vorhaben sowie Fördermöglichkeiten zu berücksichtigen.
4. Das Radnetz ist bei wesentlichen Änderungen der verkehrlichen oder städtebaulichen Rahmenbedingungen bedarfsgerecht fortzuschreiben. Wesentliche Änderungen am Hauptnetz sind den zuständigen städtischen Gremien vorzulegen.
5. Der Stadtrat stellt fest, dass die Verwaltung mit der Durchführung des BYPAD-Verfahrens, dem Beschluss der daraus entwickelten 3x11 Ziele zum Fuß- und Radverkehr und der Vorlage des Radnetzes Mainz den strategischen Auftrag aus dem gemeinsamen Änderungsantrag 1068/2018/1 umgesetzt hat. Zugleich ist der mit der Beschlussvorlage 0576/2022 erteilte Auftrag zur Erstellung des Radnetzes abgeschlossen. Der Änderungsantrag 1068/2018/1 wird damit für erledigt erklärt.

Sachverhalt

1. Sachverhalt

Mit dem gemeinsamen Änderungsantrag 1068/2018/1 zur „Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz“ beauftragte der Stadtrat die Verwaltung im Jahr 2018, die rechtlichen und fachlichen Grundlagen unterschiedlicher Radverkehrsführungen erneut im Runden Tisch Radverkehr zu erläutern und ein BYPAD-Verfahren (Bicycle Policy Audit) unter Mitwirkung von Verwaltung, Politik und Verbänden sowie mit externer Begleitung durchzuführen. Ziel war es, auf Grundlage einer strukturierten Bestandsaufnahme breit getragene Handlungsschwerpunkte für die künftige Radverkehrsförderung zu entwickeln.

Der Änderungsantrag stellte zugleich klar, dass eine generelle Festlegung auf eine einzige Art von Radverkehrsinfrastruktur weder überall rechtlich und räumlich möglich noch aus Gründen der Verkehrssicherheit sinnvoll ist. Diese fachliche Grundannahme prägt auch das nun vorliegende Radnetz: Zunächst werden Bedeutung und Funktion der Verbindungen im gesamtstädtischen Netz bestimmt; die jeweils geeignete Führungsform wird erst in der vertieften Planung unter Berücksichtigung der örtlichen Rahmenbedingungen festgelegt.

Mit der Beschlussvorlage 0576/2022 konkretisierte der Stadtrat den strategischen Auftrag und beauftragte die Verkehrsverwaltung ausdrücklich mit der Erstellung eines Radnetzes Mainz. Das Radnetz sollte vorhandene und geplante Ansätze in einer integrierten Gesamtstruktur zusammenführen, den Mainzer Mapathon einbeziehen und gemeinsam mit dem BYPAD-Audit sowie einer umfassenden Beteiligung erarbeitet werden. Seit Ende 2023 wurden beide Bausteine unter dem Dach des Projekts „Radkonsens Mainz“ bearbeitet.

Am 4. Februar 2026 beschloss der Stadtrat mit der Vorlage 1900/2025/1 die im BYPAD-Prozess entwickelten 3x11 Ziele zum Fuß- und Radverkehr. Zu den radverkehrsspezifischen Zielen gehören die Entwicklung eines Radnetzes mit drei Netzebenen bis 2026 und dessen schrittweise Umsetzung. Das Netz soll alle stadt- und stadtteilrelevanten Quellen und Ziele verbinden, regionale Pendelbeziehungen berücksichtigen und unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung sowie unter Einbeziehung des Mainzer Mapathon entwickelt werden.

Die Mobilitätsbefragung 2023 unterstreicht die Bedeutung des Radverkehrs für die Mainzer Alltagsmobilität. Ausgewertet wurden 2.884 Haushaltsfragebögen mit Angaben von 6.266 Personen. Bezogen auf alle Wege der Mainzer Bevölkerung beträgt der Radverkehrsanteil 26 Prozent; 2019 waren es 21 Prozent. Bei Wegen, deren Start und Ziel innerhalb des Mainzer Stadtgebiets liegen, werden 31 Prozent mit dem Fahrrad zurückgelegt. 77 Prozent der Haushalte verfügen über mindestens ein Fahrrad.

Gleichzeitig zeigt das BYPAD-Audit weiterhin strukturellen Handlungsbedarf. Die Radverkehrsförderung der Stadt Mainz erreichte in der gewichteten Gesamtbewertung 2,24 Punkte und damit die Entwicklungsstufe 2 („isolierter Ansatz“). Als zentrale Lücke wurde benannt, dass trotz vieler befahrbarer Verbindungen und umgesetzter Einzelmaßnahmen bislang kein zusammenhängendes und im Stadtbild wahrnehmbares Radverkehrsnetz erkennbar ist. Das Radnetz Mainz schließt diese strategische Lücke.

Das Radnetz ist ein gesamtstädtischer Orientierungs- und Planungsrahmen. Es ordnet die Verbindungen nach ihrer funktionalen Bedeutung und macht sichtbar, wo der Radverkehr künftig besonders leistungsfähig, durchgängig und sicher geführt werden soll. Es ist dagegen

kein Bauprogramm und keine Vorfestlegung auf eine bestimmte Führungsform wie Fahrradstraße, Radfahrstreifen oder baulich getrennter Radweg. Der Netzbeschluss begründet keine unmittelbaren Baurechte oder Baupflichten und entfaltet keine unmittelbare Außenwirkung gegenüber Dritten.

Die konkrete Ausgestaltung jeder Verbindung bleibt einer vertieften Planung vorbehalten. Dabei sind die örtlichen Gegebenheiten, die Belange des Fußverkehrs und der Barrierefreiheit, des öffentlichen Verkehrs, des motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehrs, der Stadtentwicklung, des Klima- und Umweltschutzes sowie die jeweils geltenden technischen Regelwerke und rechtlichen Anforderungen zu berücksichtigen.

2. Lösung

Die vorliegende Lösung ist das Ergebnis eines mehrjährigen, aufeinander aufbauenden Arbeitsprozesses. Der Auftrag von 2018 zielte zunächst auf eine fachlich fundierte und zwischen Verwaltung, Politik und Interessenvertretungen abgestimmte Gesamtstrategie. Der Beschluss von 2022 überführte diesen strategischen Ansatz in einen konkreten Planungsauftrag: Für das gesamte Stadtgebiet sollte ein zusammenhängendes Routengerüst entwickelt werden, das nicht bei Einzelmaßnahmen stehen bleibt, sondern Quellen und Ziele, Stadtteile, regionale Anschlüsse, Knotenpunkte und die Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln systematisch zusammendenkt.

Im Jahr 2023 wurden Vergabe und Projektaufbau vorbereitet. Nach Abschluss der Ausschreibung im Winter 2023/2024 erarbeiteten Ramboll und Mobycon das Radnetz; das BYPAD-Verfahren wurde durch PGV-Alrutz begleitet. Die Verwaltung koordinierte beide Bausteine und führte sie im Radkonsens Mainz zusammen. Die parallele Bearbeitung war bewusst gewählt: Das BYPAD untersuchte Strukturen, Stärken und Schwächen der Mainzer Rad- und Fußverkehrspolitik und leitete daraus Ziele und Handlungsschwerpunkte ab. Das Radnetz übersetzt den räumlichen Teil dieses strategischen Anspruchs in ein gesamtstädtisches Routengerüst.

Der Prozess wurde nicht als einmalige zeichnerische Netzfestlegung, sondern als schrittweise fachliche Verdichtung organisiert. Auf einen datenbasierten ersten Netzentwurf folgten der Austausch mit Fachstellen und Verbänden, öffentliche Beteiligungen, Online-Beteiligungen, die Auswertung und räumliche Bündelung der Hinweise, Netzbefahrungen sowie wiederholte fachliche Prüfungen und Überarbeitungen. Dadurch konnten sowohl gesamtstädtische Verkehrsbeziehungen als auch lokales Wissen und konkrete Hinweise aus den Stadtteilen berücksichtigt werden.

Ausgangspunkt der Netzplanung war nicht die Frage, wo bereits Radwege vorhanden sind. Ein ausschließlich am Bestand orientiertes Vorgehen würde bestehende Lücken und unzureichende Verbindungen fortschreiben. Untersucht wurde deshalb zunächst, zwischen welchen Quellen und Zielen heute und künftig relevante Radverkehrsbeziehungen bestehen und über welche Korridore diese möglichst direkt, sicher und zusammenhängend geführt werden können. Erst anschließend wurde dieser fachliche Wunschlinien- und Korridoransatz mit dem vorhandenen Straßen- und Wegenetz, bestehenden Planungen und den örtlichen Gegebenheiten abgeglichen.

Die Methodik verbindet damit nachfragebezogene Daten, räumliche Potenziale, vorhandene Planungen, Ortskenntnis und Hinweise aus der Beteiligung. Wesentliche Grundlagen waren:

- die aus der Mobilitätsbefragung 2023 abgeleitete Radverkehrsnachfrage und ihre Umlegung in einem Verkehrsmodell mit 401 Verkehrszellen im Mainzer Stadtgebiet und 239 Zellen im Umland,
- der Abgleich der modellierten Nachfrage mit den Routen des Mainzer Mapathon, Daten aus dem Stadtradeln, Radverkehrszählungen sowie bestehenden und bereits geplanten Maßnahmen,
- die Einbeziehung der Einwohnerdichte, wichtiger Quellen und Ziele, künftiger Stadtentwicklungsgebiete sowie der regionalen Anschlüsse und Pendelbeziehungen,
- die Berücksichtigung der Topografie mit dem Ziel, unnötige Steigungen möglichst zu vermeiden, sowie
- Netzbefahrungen und die fachliche Plausibilisierung der Strecken im Bestand.

Die unterschiedlichen Grundlagen wurden nicht schematisch addiert, sondern fachlich gegeneinander geprüft. Eine heute stark genutzte Strecke konnte ebenso bedeutsam sein wie eine Verbindung, die aufgrund fehlender oder unattraktiver Infrastruktur bislang nur wenig genutzt wird, aber ein hohes Verlagerungs- oder Erschließungspotenzial besitzt. Auf diese Weise bildet das Netz sowohl die heutige Nachfrage als auch die angestrebte Entwicklung der Stadt ab. Die Aufnahme einer Verbindung in das Radnetz ersetzt jedoch nicht die spätere Prüfung ihrer technischen, verkehrlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Machbarkeit im Einzelfall.

Beteiligung

Zu Beginn des fachlichen Prozesses fand im April 2024 ein Austausch mit Fachstellen, den beauftragten Büros und Verbänden statt. Die öffentliche Beteiligung umfasste vier Formate: zwei Präsenzveranstaltungen am 25. September 2024 im Bürgerhaus Hechtsheim mit knapp 200 Teilnehmer:innen und am 16. September 2025 im LEIZA mit knapp 300 Teilnehmer:innen sowie jeweils anschließende Online-Beteiligungen.

Die Teilnehmenden konnten Strecken ergänzen, eine Höher- oder Herabstufung vorschlagen und die Entfernung einzelner Verbindungen anregen. Die eingegangenen Linien wurden wegen ihrer unterschiedlichen Länge und Genauigkeit zunächst räumlich gebündelt. Aus den Bereichen mit besonders hoher Vorschlagsdichte wurden 21 Fokusbereiche abgeleitet und einzeln fachlich geprüft. Dabei wurden unter anderem Direktheit, Anbindung von Quellen und Zielen, Topografie, Schutzbelange, Netzdichte, vorhandene und geplante Verbindungen sowie die grundsätzliche Umsetzbarkeit betrachtet.

Hinweise aus der Beteiligung wurden damit weder ungeprüft übernommen noch lediglich dokumentiert. Sie wurden angenommen, angepasst oder nach fachlicher Prüfung verworfen. So entstand in mehreren Überarbeitungsschleifen ein Netz, das die Kenntnisse und Bedürfnisse der Stadtgesellschaft aufnimmt und zugleich die für ein belastbares gesamtstädtisches Planwerk erforderliche fachliche Konsistenz wahrt.

Ergebnis und Bedeutung der drei Netzebenen

Das Radnetz Mainz bildet ein durchgehendes, hierarchisch gegliedertes Routengerüst für das gesamte Stadtgebiet und die wesentlichen Anschlüsse in das Umland. Die drei Netzebenen beschreiben die funktionale Bedeutung einer Verbindung:

- **Hauptnetz:** wichtigste, direkte und leistungsfähige Achsen mit erwartbar hoher Nutzung und herausragender Verbindungsfunktion. Diese Verbindungen erhalten bei künftigen Planungen ein entsprechend hohes Gewicht; Komfort, Sicherheit, Durchgängigkeit und ein möglichst flüssiger Verkehrsablauf stehen besonders im Fokus.
- **Aufbaunetz:** wichtige Querverbindungen und Alternativen, die das Hauptnetz ergänzen, Stadtteile miteinander verknüpfen und eine hohe Erreichbarkeit gewährleisten.
- **Ergänzungsnetz:** Verbindungen zur Feinerschließung der Stadtteile und Quartiere. Sie binden lokale Quellen und Ziele an und führen möglichst direkt zum Haupt- und Aufbaunetz.

Alle drei Ebenen sind für ein funktionsfähiges Gesamtnetz erforderlich. Das Hauptnetz bildet das Rückgrat; Aufbau- und Ergänzungsnetz sichern Querverbindungen, Alternativen und die flächige Erreichbarkeit. Eine niedriger eingestufte Verbindung ist deshalb nicht entbehrlich. Umgekehrt bedeutet die Zuordnung zum Hauptnetz, dass die Verbindung im gesamtstädtischen Zusammenhang ein besonders hohes planerisches Gewicht und einen entsprechend hohen Anspruch an Sicherheit, Direktheit, Durchgängigkeit und Komfort besitzt.

Die Netzkategorien beschreiben die Funktion einer Verbindung im Zielnetz. Sie sind bewusst von der konkreten Infrastrukturplanung und der zeitlichen Umsetzung getrennt. Insbesondere bedeuten sie nicht:

- **keine Bewertung des heutigen Ausbauzustands:** Eine Hauptnetzverbindung kann heute noch erhebliche Mängel aufweisen. Gerade ihre hohe Netzbedeutung macht den Handlungsbedarf sichtbar.
- **keine Vorfestlegung auf eine Führungsform:** Aus der Kategorie folgt weder automatisch ein baulich getrennter Radweg noch ein Radfahrstreifen, eine Fahrradstraße oder der Ausschluss anderer Verkehrsarten. Die geeignete Lösung hängt vom Straßenraum, den Nutzungsansprüchen,den rechtlichen sowie technischen Rahmenbedingungen und dem zum Planungs- bzw. Umsetzungszeitpunkt vorherrschenden Zustand ab.
- **keine starre Bau- oder Zeitpriorität:** Die Netzebene allein entscheidet nicht über die Reihenfolge der Umsetzung. Sicherheitsrelevante, kurzfristig realisierbare oder mit anderen Bauvorhaben verknüpfte Maßnahmen im Aufbau- oder Ergänzungsnetz können vor langfristig aufwendigen Maßnahmen im Hauptnetz umgesetzt werden.
- **keine parzellenscharfe Trassen- oder Genehmigungsentscheidung:** Der Netzplan bestimmt den erforderlichen Verbindungskorridor. Varianten, genaue Lage, Knotenpunktgestaltung, Flächenverfügbarkeit und Genehmigungsfragen werden erst in den nachfolgenden Planungsstufen geklärt.
- **keine Aussage, dass außerhalb des Netzes nicht Rad gefahren oder nichts verbessert werden darf:** Das Radnetz kennzeichnet die für das gesamtstädtische Routengerüst besonders relevanten Verbindungen. Lokale Verbesserungen, Verkehrssicherheitsmaßnahmen und die allgemeine Nutzbarkeit weiterer Straßen bleiben davon unberührt.

Mit dem Radnetz werden zwei Planungsebenen sauber getrennt: Auf der strategischen Ebene wird beantwortet, wo eine durchgängige Verbindung benötigt wird und welche Funktion sie im Gesamtnetz übernimmt. Auf der Projektebene wird anschließend entschieden, wie diese Funktion unter den konkreten örtlichen Bedingungen am besten erfüllt werden kann. Würden bereits mit dem Netzbeschluss für jede Strecke Querschnitt, Führungsform, Flächenaufteilung und Umsetzungszeitpunkt festgelegt, müssten Detailentscheidungen ohne die dafür notwendigen Untersuchungen getroffen werden. Das Netz würde überfrachtet, unnötig starr und bei veränderten Rahmenbedingungen schnell überholt.

Die funktionale Kategorisierung schafft dagegen eine langfristig belastbare Orientierung und hält zugleich unterschiedliche, standortgerechte Lösungen offen. Sie macht Planungsansprüche transparent, ermöglicht eine nachvollziehbare Bewertung von Netzlücken und unterstützt die Abstimmung verschiedener Vorhaben. Zugleich bleibt das System lernfähig: Verändern neue Quartiere, Straßenbahnplanungen, Nachfragebeziehungen oder andere Rahmenbedingungen die Bedeutung einer Verbindung, kann sie fachlich auf- oder abgestuft werden, ohne das Grundprinzip des Gesamtnetzes aufzugeben.

Auch die Maßnahmenpriorisierung wird dadurch sachgerechter. Sie kann neben der Netzbedeutung weitere entscheidende Kriterien berücksichtigen, insbesondere Verkehrssicherheit, Lückenschluss und Netzwirkung, Planungs- und Baureife, Zustand der vorhandenen Infrastruktur, Umsetzbarkeit, Synergien mit ohnehin anstehenden Vorhaben, verfügbare personelle und finanzielle Ressourcen sowie Fördermöglichkeiten. So können kurzfristig wirksame Verbesserungen realisiert werden, während komplexere Hauptnetzvorhaben systematisch vorbereitet werden.

Der ebenfalls im Auftrag des Stadtrates in Erarbeitung befindliche Mobilitätsplan Mainz (Sustainable Urban Mobility Plan – SUMP) und das Radnetz sind keine konkurrierenden oder doppelten Planwerke. Sie erfüllen unterschiedliche, aufeinander bezogene Aufgaben. Der Mobilitätsplan ist der integrierte strategische Rahmen für das gesamte Verkehrssystem. Er führt die fachlichen Grundlagen der einzelnen Verkehrsarten und Querschnittsthemen zusammen, bewertet ihre Wechselwirkungen und entwickelt daraus verkehrsträgerübergreifende Ziele, Szenarien und Maßnahmen.

Damit der Radverkehr in diesem integrierten Prozess gleichwertig und fachlich belastbar berücksichtigt werden kann, benötigt er eine eigene räumliche Grundlage. Diese liefert das Radnetz. Es beschreibt, welche Verbindungen für den Radverkehr gesamtstädtisch und regional erforderlich sind, welche Funktion sie übernehmen und wo Lücken, Verknüpfungsbedarfe und besondere Potenziale liegen. Ohne diese Vorarbeit müsste die radverkehrliche Netzlogik erst innerhalb des Mobilitätsplans neu entwickelt werden. Dies würde den übergreifenden Planungsprozess mit einer verkehrsartspezifischen Detailaufgabe belasten und die systematische Abwägung erschweren.

Umgekehrt nimmt das Radnetz die Ergebnisse des Mobilitätsplans nicht vorweg. Gerade weil es noch keine konkrete Führungsform, Flächenaufteilung oder Umsetzungsreihenfolge festlegt, kann es ergebnisoffen mit den Anforderungen des Fußverkehrs, des öffentlichen Verkehrs, des motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehrs, der Stadtentwicklung sowie des Klima- und Umweltschutzes abgeglichen werden. Das Radnetz beantwortet damit die Frage, wo und mit welcher Bedeutung Radverkehrsverbindungen benötigt werden; der Mobilitäts-

plan ordnet diese Anforderungen in das gesamte Verkehrssystem und die räumliche Entwicklung der Stadt ein.

Diese Arbeitsteilung ist fachlich und wirtschaftlich sinnvoll: Sie vermeidet Doppelarbeit, verbessert die Qualität der verkehrsträgerübergreifenden Abwägung und ermöglicht, Schnittstellen frühzeitig zu erkennen. Dazu gehören insbesondere die Verknüpfung mit Straßenbahn und Bus an wichtigen Haltestellen, Anschlüsse an regionale Verbindungen, Anforderungen aus neuen Stadtquartieren, die Lage hochwertiger Fahrradabstellanlagen und Wegweisungsrouten sowie Synergien mit Straßen-, Kanal-, Leitungs- und Unterhaltungsmaßnahmen. Das Radnetz ist damit der verkehrsartspezifische Beitrag des Radverkehrs zum Mobilitätsplan und zugleich eine wesentliche Grundlage für dessen weitere Maßnahmenentwicklung.

Anwendung, Verzahnung und Fortschreibung

Das beschlossene Radnetz dient künftig als fachliche Planungsgrundlage bei Straßen- und Knotenpunktplanungen, Gebietsentwicklungen, Bauleitplanverfahren, dem Straßenbahnausbau, der Verknüpfung von Rad und öffentlichem Verkehr sowie bei der Weiterentwicklung von Fahrradparken und Radwegweisung. Dadurch können Netzlücken frühzeitig erkannt, Planungen verschiedener Vorhabenträger besser aufeinander abgestimmt und Synergien bei anstehenden Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen genutzt werden.

Die im Radnetz dargestellten Verbindungen werden im Mobilitätsplan als fachlicher Belang des Radverkehrs berücksichtigt. Die integrierte Abwägung im Mobilitätsplan und die ergebnisoffene Konkretisierung im jeweiligen Einzelprojekt bleiben erhalten. Das Radnetz schafft dafür einen nachvollziehbaren Bezugsrahmen, ohne die erforderlichen politischen, planerischen und rechtlichen Entscheidungen der nachfolgenden Stufen zu ersetzen.

Ein beschlossenes Netzkonzept verbessert zudem die Voraussetzungen für die Einwerbung von Fördermitteln. Beim bis 2030 verstetigten Sonderprogramm „Stadt und Land“ ist für geförderte Investitionen unter anderem erforderlich, dass die Planung im Rahmen eines integrierten Verkehrskonzepts oder mindestens eines Radverkehrskonzepts beziehungsweise Radnetzes erfolgt. Die Förderfähigkeit bleibt dennoch für jede Einzelmaßnahme anhand der jeweils geltenden Programmbedingungen gesondert nachzuweisen.

Das Radnetz ist als lernendes Planwerk angelegt. Neue Stadtquartiere, veränderte Verkehrsbeziehungen, konkrete Projekterkenntnisse oder übergeordnete Planungen können Anpassungen einzelner Verbindungen oder Netzebenen erforderlich machen. Redaktionelle und kleinräumige Konkretisierungen erfolgen im Rahmen der laufenden Fachplanung; wesentliche Änderungen am Hauptnetz werden den zuständigen städtischen Gremien vorgelegt. Die Methodik und das Ergebnis werden im Ausschuss für Mobilität durch das Fachbüro vorgestellt.

3. Alternativen

Radverkehrsmaßnahmen würden weiterhin nur lückenhaft umgesetzt werden können, ohne gesamtstädtischen Bezugsrahmen. Die Netzfunktion könnte nicht einheitlich bewertet und Zielkonflikte nicht frühzeitig erkannt werden. Synergien würden versäumt, Maßnahmen verschiedener Planungen aufeinander abzustimmen und Prioritäten nachvollziehbar herzuleiten. Auch die Begründung von Förderanträgen wäre erschwert bis verunmöglicht.

4. Kosten/Finanzierung

Durch den Beschluss des Radnetzes entstehen keine unmittelbaren zusätzlichen Investitions- oder Baukosten.

Kosten entstehen erst durch die Planung und Umsetzung konkreter Einzelmaßnahmen. Diese werden abhängig von Priorität, Planungsstand und verfügbaren Ressourcen schrittweise entwickelt, gesondert kalkuliert und im städtischen Haushalt angemeldet und den Gremien vorgestellt. Fördermöglichkeiten von Bund, Land und weiteren Zuwendungsgebern werden jeweils geprüft und soweit möglich genutzt. Eine belastbare Gesamtkostenschätzung oder ein verbindlicher Zeitraum für die vollständige Umsetzung lassen sich aus dem strategischen Netzbeschluss nicht ableiten.

5. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Auf der Ebene des strategischen Netzbeschlusses entstehen keine unmittelbaren geschlechtsspezifischen Nachteile.

6. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Der Beschluss des Radnetzes schafft die strategische Grundlage für ein attraktiveres und leistungsfähigeres Angebot im Radverkehr. Die spätere Umsetzung geeigneter Maßnahmen unterstützt die Verlagerung von Wegen vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund und trägt damit zur Reduzierung verkehrsbedingter Treibhausgas-, Luftschadstoff- und Lärmemissionen bei. Das Vorhaben unterstützt insbesondere das im Rahmen der 3x11 Ziele beschlossene Ziel, bis 2035 einen Anteil des Umweltverbundes von 80 Prozent zu erreichen.

Aus dem Netzbeschluss allein ergibt sich noch keine quantifizierbare Emissionsminderung. Die konkrete Klimawirkung entsteht erst mit Umsetzung und Nutzung der Einzelmaßnahmen und soll, soweit sinnvoll, im Monitoring zum Mobilitätsplan und zu den 3x11 Zielen erfasst werden.

Anlagen:

- Anlage 1: Radnetz Mainz – Gesamtplan

Finanzierung

Mombach
Neustadt
Hartenberg-Münchfeld
Altstadt
Gonsenheim
Oberstadt
Finthen
Bretzenheim
Weisenau
Drais
Lerchenberg
Marienborn
Hechtsheim
Laubenheim
Ebersheim

Netzklassen
- 1. Netzebene: Hauptnetz
- 2. Netzebene: Aufbaunetz
- 3. Netzebene: Ergänzungsnetz
- Stadtgrenze Mainz
- Privatgelände
- Stadtteilgrenze

RAMBØLL

Radnetz
Mainz

Landeshauptstadt
Mainz

Ö 10.2

Sitzungstermine 2027

OBr MZ-Lerchenberg 19:00 Uhr	Stadtrat 15.00 Uhr
14.01.2027	03.02.2027
25.02.2027	17.03.2027
22.04.2027	05.05.2027
03.06.2027	16.06.2027
09.09.2027	29.09.2027
04.11.2027	24.11.2027

.

Ö 11.1

Landeshauptstadt
Mainz

Stadtverwaltung Mainz | Dezernat V | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Ortsverwaltung Mainz-Lerchenberg
Herrn Ortsvorsteher Alper Kömür

über 10-Hauptamt

Beigeordnete Janina Steinkrüger
Dezernat für Umwelt, Grün, Energie und Verkehr

Postfach 3820
55028 Mainz
Stadthaus Große Bleiche
Zimmer 5.029
Große Bleiche 46/ Löwenhofstraße 1

Ansprechperson
Micha Schmid
Tel. 06131 12-3160
Fax 06131 12-3357
micha.schmid@stadt.mainz.de
www.mainz.de

Mainz, 14.7.-2026

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg am 23.04.2026
Punkt 15.1 Antrag auf Stadtteilmittel
Aktenzeichen: 67 00 66 Ler

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kömür,

die Verwaltung kann alle für die Renovierung von Bänken benötigten Materialien zu Verfügung stellen. Das Material kann beim Grün- und Umweltamt abgeholt werden.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Janina Steinkrüger